

## **Symposium**

„Aufstiegchancen schaffen – soziale Effizienz steigern: Deutschland vor der Neuausrichtung der Sozialpolitik“

10. März 2010, 14.00, Thomas-Dehler-Haus, Reinhardtstraße 14, Großer Sitzungssaal, 10117 Berlin

## **Moderation**

Dr. Karen Horn

Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Leiterin Hauptstadtbüro Berlin

## **Eröffnung und Einführung**

Christian Lindner, MdB  
Generalsekretär der FDP S. 3

## **Statements**

Wolfgang Clement  
Bundesminister a. D., Ministerpräsident a. D. S. 5

Dr. Heinrich Kolb, MdB  
Stellvertretender Vorsitzender der FDP Bundestagsfraktion S. 9

Dr. Ulrich Schneider  
Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Deutschland S. 10

Johannes Vogel, MdB  
Arbeitsmarktpolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion S. 13

Dr. Elisabeth Niejahr  
Die Zeit, Hauptstadtbüro Berlin S. 15

Heinz Buschkowsky  
Bezirksbürgermeister von Berlin-Neukölln S. 18

Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Werner Sinn  
Präsident des ifo-Institutes S. 21

Pascal Kober, MdB  
Mitglied im Bundestagsausschuss für Arbeit und Soziales S. 24

Dr. Hilmar Schneider  
Direktor Arbeitsmarktpolitik, Institut zur Zukunft der Arbeit (IZA) S. 25

Heinz Lanfermann, MdB  
Vorsitzender des Arbeitskreises III der FDP-Bundestagsfraktion, Pflegepolitischer Sprecher S. 27

Prof. Dr. Joachim Mitschke Emeritierter Professor für Volkswirtschaftslehre an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt	S. 29
Siegfried Averhage Vorstand MaßArbeit kAÖR	S. 31
Mario Junglas Deutscher Caritasverband e.V. Direktor Berlin	S. 34
<b>Diskussion zum Symposium</b>	S. 37

## Christian Lindner

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Sozialstaat ist eine zivilisatorische Errungenschaft, er hat Hilfe für Bedürftige gelöst vom Prinzip der Barmherzigkeit und es ersetzt durch Rechtsansprüche. Das gibt Sicherheit. Wir sind in Deutschland zu Recht stolz auf unsere Soziale Marktwirtschaft, die ökonomische Dynamik mit einem sozialen Ausgleich verbindet. Wir sind stolz darauf, dass in Deutschland Freiheit und Verantwortung in unserer Wirtschaftsordnung verbunden sind. Wir haben also mit der Sozialen Marktwirtschaft über Jahre und Jahrzehnte gewiss ein Erfolgsmodell auch für andere Nationen und Gesellschaften entwickelt. Möglicherweise ist die Sozialstaatlichkeit, wie gelegentlich geschrieben worden ist, in Deutschland inzwischen zu so etwas herangewachsen wie einer Zivilreligion, die auch Mentalitäten prägt. Umso mehr muss man sich allerdings vor Dogmatismus hüten und immer wieder fragen, ob die hehren Ziele auch dem alltäglichen Praxistest standhalten. Die Gründerväter der Sozialen Marktwirtschaft wollten das Sozialstaatsprinzip nicht gegen das Leistungsprinzip erreichen – sie wollten das Sozialstaatsprinzip mit dem Leistungsprinzip verwirklichen. Die Gründerväter der Sozialen Marktwirtschaft hatten eine prosperierende Wirtschaft vor Augen, die durch ihren Erfolg die Notwendigkeit für soziale Intervention immer geringer werden lässt. Erst dann kann der Sozialstaat auch umso großzügiger denjenigen helfen, die im Wettbewerbsspiel von Wirtschaft und Gesellschaft dauerhaft oder auch nur zeitweise zu Bedürftigen werden. Gemessen an diesen Zielen, müssen wir uns heute fragen, ob wir mit dem Status quo im Sozialstaat tatsächlich zufrieden sein können. Der Präsident des Bundesrechnungshofs hat unlängst darauf hingewiesen, dass seit 1990, seit der Deutschen Einheit, die Sozialbudgets dramatisch gestiegen sind: Wir wenden heute mehr als ein Drittel unserer Wirtschaftsleistung für unseren Sozialstaat auf.

Aber können seine Ergebnisse überzeugen? Wenn in Berlin Hauptschüler bei einer Umfrage, was sie denn werden wollen, sagen: „Ich werd Hartz IV.“? Kann uns befriedigen, dass wir immer noch Schüler haben, die ohne Schul- und Bildungsabschluss, Ausbildungsabschluss in ihr Leben entlassen werden? Können wir akzeptieren, dass es eine doch skandalös große Zahl von Menschen gibt, die dauerhaft vom Arbeitsmarkt und damit auch von Eigenverantwortung für ihr Leben ausgeschlossen sind? Können uns also die tatsächlichen Ergebnisse eines der teuersten Wohlfahrtsstaaten der Welt befriedigen?

Wir sagen nein. Wir wollen deshalb einen neuen Aufbruch wagen. Wir wollen mehr sozialen Aufstieg ermöglichen und wir wollen die Treffsicherheit, die Effizienz unserer sozialen Systeme, verbessern – im Interesse der Menschen.

Uns geht es um ganz konkrete Lebenschancen. Lebenschancen – das bedeutet für uns, dass Menschen Autoren ihrer eigenen Biographie sein können, dass sie zwischen unterschiedlichen Lebensentwürfen wählen können. Welche Optionen hat aber der Jugendliche, der ohne jeden Schul- und Berufsabschluss bleibt. Er verfügt nicht über Optionen und ist damit auch nicht in unserem Verständnis wirklich frei.

Wir wollen uns einsetzen für einen fairen Interessenausgleich zwischen den Leistungsempfängern und zwischen den Leistungsgebern in unserer Gesellschaft. Die Mitte in unserer Gesellschaft ist solidarisch – das stellt sie jeden Tag aufs Neue unter Beweis. Das zeigt auch die Verteilung der Einkommenssteuerzahler. Aber auch die Solidarität der Mitte der Gesellschaft ist eine wertvolle Ressource. Das Prinzip der Nachhaltigkeit gebietet es, mit wertvollen Ressourcen nicht fahrlässig, sondern sorgfältig umzugehen und immer neu zu fragen, ob die Soli-

darität der Mitte der Gesellschaft auch tatsächlich im Interesse der Bedürftigen eingesetzt wird oder ob es nicht erheblichen Veränderungsbedarf im Sozialstaat gibt. Mit der Agenda 2010 sind grundlegende Strukturprinzipien unseres Wohlfahrtsstaates hinterfragt, teilweise auch erneuert worden. Die Agenda 2010 blieb aber inkonsequent: Die politische Spur ist irgendwann verlassen worden und hatte auch innere Widersprüche. Die Diskussion, die Guido Westerwelle jetzt eröffnet hat, ist insofern eine Chance. Es ist die Chance, einen zweiten Anlauf zu nehmen, um in Deutschland sozialen Aufstieg für alle besser als bisher zu ermöglichen und unseren Sozialstaat auch dadurch zukunftsfähig zu erhalten, dass wir ihn für die Mitte der Gesellschaft weiter finanzierbar bleiben lassen.

Wir freuen uns sehr, dass wir für einen Gedankenaustausch über liberale Sozialpolitik und die Erfordernisse in unserem Sozialstaat ein hochkarätiges Podium haben gewinnen können. Unterschiedliche Perspektiven wollen wir anhören und einbinden in unseren eigenen Meinungsbildungsprozess. Ich bin froh und stolz, dass die Sozialpolitiker der FDP, Heinrich Kolb, Pascal Kober, Johannes Vogel, Heinz Lanfermann, die heute auch mit hier oben sitzen, ein Thesepapier erarbeitet haben, was wir gar nicht heute abschließend im Einzelnen beraten können, das aber Leitplanken auch für die Entscheidungsfindung in der Koalition darstellen soll. Ich freue mich natürlich auch über ihr Interesse, dass sie durch ihre Teilnahme an der Veranstaltung heute zum Ausdruck gebracht haben. Wir freuen uns auf eine spannende Diskussion. Die Vertiefung der Debatte beginnt heute mit diesem Symposium – beendet wird die Debatte dadurch noch nicht sein. Durch die Veranstaltung führen wird uns Frau Dr. Karen Horn, ehemals Wirtschaftsredakteurin der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und heute für die Soziale Marktwirtschaft aktiv.

Haben Sie vielen Dank für die Aufmerksamkeit. Ich wünsche uns einen spannenden Nachmittag.

## **Dr. Karen Horn**

Herzlichen Dank. Ich darf Sie auch von meiner Seite sehr herzlich willkommen heißen zu dieser sehr spannenden Debatte. Wir haben jetzt eine gute Gelegenheit, die verschiedenen Perspektiven auf dieses Thema zu beleuchten. Die Runde ist groß genug, um tatsächlich auch alle Interessierten mit ihren Ansichten zu Wort kommen zu lassen. Das wollen wir tun. Wir wollen natürlich auch gemeinsam diskutieren. Ich weiß nicht, ob Ihnen bekannt ist, dass das hier so Usus ist, dass Sie Ihre Fragen auch per E-Mail schicken können oder auf Karten vermerken, die an Ihren Plätzen sind. Wir werden in der letzten halben Stunde einige dieser Fragen aufgreifen. Die Fragen, die wir nicht schaffen zu beantworten, werden Ihnen aber dann im Nachhinein noch beantwortet – hier geht niemand ohne Antwort aus dem Haus.

Wir wollen jetzt aber erst einmal anfangen mit unserem Podium. Sie haben gesehen, es ist eine sehr lange Liste und eine sehr große Präsenz. Wir werden jeweils Kurzstatements haben, die ich entsprechend amodriere, indem ich Ihnen noch einmal kurz vorstelle, um wen es sich handelt. Wir haben mit unserem Zeitbudget ungefähr ein Kontingent von sieben bis acht Minuten pro Person. Ich sage das nur deswegen noch mal, denn wenn wir uns davon allzu weit entfernen, werden wir nicht durchkommen mit unserem Programm.

Das erste Wort in dieser Reihe muss natürlich einem Mitarchitekten der Reformen von damals gelten. Er sitzt zu meiner Rechten: Wolfgang Clement war von 2002 bis 2005 Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit und als solcher eben ganz maßgeblich daran beteiligt. Es wird sehr interessant sein zu hören, welchen Blick Sie auf die jetzt angestoßene Debatte haben und welche Punkte Sie machen wollen. Sie haben von Herrn Lindner ja gerade gehört, dass die

Reformen und insgesamt auch die Agenda Widersprüchlichkeiten aufwiesen und lückenhaft waren. Ich bin sehr gespannt, wie Sie da ansetzen. Nur noch mal zum Hintergrund – eigentlich braucht man Sie nicht vorzustellen – aber es ist immer ganz interessant und wichtig zu wissen, was für einen Hintergrund die Podiumsteilnehmer haben. Dass Sie Rechtswissenschaftler sind und langjähriger Journalist, ist eine interessante und wichtige Information. Sie sind dann über Nordrhein-Westfalen, wo Sie Ministerpräsident waren von 1998 bis 2002, auch nach Berlin gekommen. Ich darf Sie um Ihr Kurzstatement bitten.

## **Dr. h. c. Wolfgang Clement**

Meine Damen und Herren,

ich beteilige mich gerne an dieser Debatte, bei der versucht werden soll – wenn ich das richtig verstehe – die etwas haltlose gewordene Diskussion der letzten Wochen mit verschiedenen Beiträgen etwas konturenstärker zu machen und vielleicht dann irgendwann zu gemeinsamen Lösungen zu kommen. „Gemeinsam“ ist natürlich nicht als Anspruch gemeint – das müssen die Beteiligten wissen.

Den Ausgangspunkt dieser Debatte hat ja, wenn ich das richtige sehe, das Bundesverfassungsgericht mit seiner Entscheidung zu den Hartz-Gesetzen gelegt. Deshalb ganz wenige Bemerkungen zu diesem Ausgangspunkt, den ich aus verschiedenen Gründen kritisch sehe. Der erste Grund ist: Das Bundesverfassungsgerecht hat ja ein neues Grundrecht definiert – das auf ein menschenwürdiges Existenzminimum. Die Tendenz des Bundesverfassungsgerichts, neue Grundrechte zu entwickeln, ist in der letzten Zeit doch verstärkt festzustellen. Ich halte davon nichts – um es deutlich zu sagen. Wir haben ein Grundrecht. Das ist das auf Schutz und Achtung des Rechts auf Menschenwürde. Dieses Grundrecht ist auch das, was aus meiner Überzeugung den Sozialstaat trägt. Diesem Grundrecht aus Artikel 1, also dem ersten aller Grundrechte unseres Grundgesetzes, ist aus meiner Sicht auch die deutsche Politik seit Bestehen der Bundesrepublik gefolgt. Was ja nicht zuletzt daran deutlich wird – das ist ja vorhin erwähnt worden –, dass etwa ein Drittel unseres Sozialprodukts oder zwei Drittel unseres Bundeshauhalts von Sozialmaßnahmen und, was den Bundeshaushalt angeht, von Kapitaldienstleistungen in Anspruch genommen wird. Und das zeigt, dass wir auf diesem Gebiet versucht haben bzw. die deutsche Politik versucht hat, dem Grundrecht Rechnung zu tragen. Das wird auch aus der Entscheidung selbst deutlich, wenn das Gericht hinsichtlich der Höhe der Zuwendungen an Hartz-IV-Empfänger keine Veränderungen verlangt, sondern an der rechnerischen Darstellung und an der Darstellung insgesamt. Das sind ja doch Dinge, die man beachten sollte.

Ich lasse vieles an kritischen Fragen weg, die ich an dieses Urteil habe. Ich will mich nur auf eines konzentrieren. Ich sehe vollends kritisch die Ausführung des Gerichts zu der aus meiner Sicht selbstverständlich zu gewährleistenden Teilhabe von Kindern aus Hartz-IV-Familien und genauso aus Haushalten von sozial schwachen Familien an Bildung und generell am gesellschaftlichen Leben, wo das Gericht an Sport und Spiel, Kino- und Museumsbesuche, etc. gedacht hat. Das ist alles richtig, dass Kinder dies benötigen und dass dort Unterstützung gewährleistet werden muss, beispielsweise mit Hilfe von Stadtausweisen für Sportvereine, Kinobesuche, Museumsbesuche und für all das, was in einer Stadt stattfinden kann. Was der Städte- und Gemeindebund kürzlich vorgeschlagen hat, sollte sich auswirken in einer freien Mittagsverpflegung in den Schulen und beispielsweise in einen allgemeinen Finanzierungstopf in den Schulen für Ausgaben wie Klassenfahrten, Bücher etc., die sozial schwache Familien aus eigener Kraft nicht zu leisten vermögen.

Worum es mir geht, ist aber etwas anderes. Es ist die Denkweise, die hier deutlich wird und die ich auch in den meisten politischen Äußerungen zum Thema finde. Man erweckt nämlich den Eindruck, die Arbeitsagenturen – und dafür steht ja Hartz IV – seien in der Lage, das wieder gutzumachen, was in den Familien, in Kindergärten, in Schulen, in Sportvereinen, in Gemeinden usw. versäumt wird. Wir haben eine Fixierung auf Hartz IV, was dann dazu führt, dass Kinder auch in der Schule sagen, sie wollten Hartz-IV-Empfänger werden. Wir haben eine Fixierung auf Hartz IV, die die Politik hindert, sich daraus zu lösen und sich dem wirklichen Thema zuzuwenden, um das es geht, wenn wir über die Zukunft des Arbeitsmarktes, über die Zukunft unserer Gesellschaft und über die Zukunft von Kindern aus sozial schwachen Familien nachdenken. Wir alle müssten wissen, dass die Arbeitsagenturen auf diesem Feld allenfalls nachsorgend tätig sind: aus meinem Verständnis wie Reparaturbetriebe, die das zu ändern versuchen, was anderenorts, nämlich in den Familien, in den Schulen und an anderen Orten, missraten ist. Solche Reparatur kann natürlich immer nur allenfalls annähernd, wenn überhaupt, gelingen. Und deshalb sind wir hier meines Erachtens fixiert auf die falsche Stelle. Diese Denkweise führt zu einer Fortschreibung des Übels. Es wird nämlich der Eindruck erweckt, mit der Einschaltung der Arbeitsagenturen sei das Notwendige getan. Versäumt wird dann aber, das Entscheidende zu tun. Das Entscheidende, was geschehen muss, ist, darauf haben Sie richtigerweise in ihren Papieren hingewiesen, eine ganz konsequente Gesellschafts- und Familienpolitik und, das kann ich jetzt nicht ausführen, vor allen Dingen eine Erneuerung unserer Bildungspolitik. Von den Kindergärten und den Schulen bis zur Weiterbildung oder, etwas konkreter, einer ausreichenden Zahl von Kindergartenplätzen, Ganztagschulen, wirklichen Schulen, in denen sich Lehrende und Lehrer um nichts anderes kümmern, als um die Kinder und beispielsweise eine Klassengröße, die die Zahl von 20 Schülern nicht überschreiten darf. Damit müssen die Voraussetzungen geschaffen werden, die wir brauchen, damit Kinder aus sozial schwächeren Familien, nicht nur aus Hartz-IV-Familien, die gleichen Chancen erhalten können, ihr Leben ihren Talenten entsprechend zu gestalten wie andere Kinder auch.

Eine solche Bildungspolitik, und da liegt der Kern des Übels und der Kern des Problems unserer Diskussion, verlangt natürlich erheblich mehr gesellschaftliche Kraft. Schulen gehören in den Mittelpunkt der Gesellschaft und nicht an den Rand, wie es heute bei uns ist. Das verlangt mehr inhaltliche Kreativität, mehr Möglichkeiten, die wir den Lehrern und Lehrerinnen zuerkennen müssen und übrigens auch mehr Ansehen und mehr finanzielle Investitionen als heute. Dies ist aus meiner Sicht der einzige Schlüssel für grundlegende Verbesserungen der Lebensverhältnisse auch der Schwächeren und damit auch für grundlegende Verbesserungen auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Sie ist damit natürlich auch, das darf man ja erwähnen, der Schlüssel dazu, die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes auf Dauer zu sichern und auszubauen. Wenn heute jährlich rund 80 000 Jugendliche ohne jeden Schulabschluss bei der Arbeitsvermittlung anklopfen, dann sollten wir wissen, wo die Arbeitslosigkeit, auch die Langzeitarbeitslosigkeit, ihren Beginn hat. Dies zu ändern, überfordert natürlich die Arbeitsagenturen, die übrigens eine sehr gute Arbeit leisten – jedenfalls so gut und so an den Bedürftigen bzw. Arbeitssuchenden orientiert wie nie zuvor. Aber hier sind sie überfordert. Hier sind Kindergärten und Schulen gefordert und natürlich auch die Eltern, die wirklich zu fordern sind und gegebenenfalls auch gefordert werden müssen. Da nehme ich etwas auf, was Herr Buschkowsky schon wiederholt zu Recht gesagt hat, beispielsweise mit einem drohenden Entzug des Kindergeldes, wenn sie sich nicht um das Wohl ihrer Kinder kümmern. Und wenn ich das jetzt auf den Punkt bringe, dann sage ich, wir investieren heute in Deutschland genügend Mittel, allerdings nicht immer an den richtigen Stellen, in Maßnahmen zur Abwendung von existenzieller Not von Bürgern. Aber wir investieren zu wenig, viel zu wenig Aufmerksamkeit, zu wenig Zuwendung, zu wenig Kraft und zu wenig Geld in unsere Zukunft, also in Kin-

dergärten, Schulen, Hochschulen und Weiterbildung. Wenn Sie das einmal aufs Ganze sehen, dann behaupte ich, dass wir mit unseren Gesamtaufwendungen für Sozialmaßnahmen in Deutschland sicher zu den zehn führenden Sozialstaaten auf der Welt gehören, dass wir aber mit unseren Gesamtaufwendungen für Bildung, für Kindergärten, Schulen, Hochschulen und insbesondere Weiterbildung weit hinter den zehn besten Bildungsnationen auf der Welt liegen. Genau da wird die Schiefelage deutlich und auch, wo Reformpolitik aus meiner Sicht ansetzen muss.

Jetzt nur ganz wenige Hinweise zu dem, womit ich ja wohl angesprochen bin als ehemaliger verantwortlicher Minister. In Deutschland ist die Arbeitslosigkeit zwischen 2005 und 2008 von über fünf Millionen auf drei Millionen zurückgegangen. Das ist nach allgemeiner Meinung der Fachwelt nicht nur aber auch auf die Arbeitsmarktreform der Agenda 2010 zurückzuführen. Das gilt auch ausdrücklich für die Langzeitarbeitslosigkeit, die in diesen knapp drei Jahren erstmals deutlich und weit unter den Stand des vorausgegangenen Aufschwungs zurückgegangen ist. Also offensichtlich ist die Politik des Forderns und Förderns auch diesen von Arbeitslosigkeit besonders betroffenen Menschen zugute gekommen. Die in diesen Wochen viel gescholtenen Teilzeitjobs und auch die Billigjobs – bei Teilzeitjobs verstehe ich die Kritik schon überhaupt nicht – haben in jener Zeit etwa eine halbe Million Menschen in Lohn und Brot gebracht, die sonst außen vorgeblieben wären. Deshalb ist die Behauptung, Teilzeitarbeit und Billigjobs verdrängten Vollzeitjobs, vermutlich falsch. Ich sehe auch die „Aufstockerdiskussion“ mit einiger Skepsis. Tatsächlich waren wir uns in der Formulierung der Hinzuverdienstmöglichkeiten für Hartz-IV-Empfänger klar, dass wir auf diese Weise eine Art Kombilohn schaffen würden. Aber dieser Kombilohn ist vernünftiger, als die Menschen in der Arbeitslosigkeit zu belassen. Ich habe aufgrund der Modellrechnung, die wir damals angestellt haben, natürlich auch unter vielen Gesichtspunkten meine Skepsis geäußert, ob es bessere Brücken als diese im Arbeitsmarkt gibt, aber man kann es versuchen. Sie, Herr Lindner, haben ja diese Modellrechnungen angestellt. Man läuft natürlich Gefahr, entweder die Zahl der Bezieher der Möglichkeiten des Zuverdienstes so zu erhöhen, dass sie eine hohe Zahl von zusätzlichen Hartz-IV-Empfängern ins System bringen oder, wenn sie unten kappen bei den Geringverdienern, Menschen dann ganz aus dem Arbeitsleben ausscheiden, auch wenn sie bisher nur geringfügige Tätigkeiten nebenbei erledigen. Und Sie haben zusätzlich die Gefahr, die in ihren Untersuchungen bisher nicht zum Ausdruck kommt, wie deren Einkommensverhältnisse dann im Vergleich zu den aktiven Beschäftigten tatsächlich aussehen. Wir bewegen uns da in einem äußerst sensiblen Feld, was auf der einen Seite hohe Kostenrisiken und auf der anderen Seite weiterhin Probleme der Fehlsteuerung hat, denn die Zuverdienstmöglichkeiten sind sehr schwierig zu steuern. Es gibt geschätzt nicht etwa 1,2 Millionen, sondern etwa 500 000 Hartz-IV-Empfänger, die seit etlichen Jahren nicht mehr sozialversicherungspflichtig tätig waren und es aufgrund von spezifischen oder persönlichen Handicaps auch kaum mehr werden. Das wird schon seit fünf Jahren und länger diskutiert. Sie befinden sich heute überwiegend in Ein-Euro-Jobs. Bessere Lösungsvorschläge, die nicht zu Lasten regulärer Jobs gehen dürfen, sind willkommen. Ich habe allerdings bisher noch keinen einzigen Vorschlag gehört, wie das gemacht werden kann. Und wenn ich etwas von kommunaler Bürgerarbeit höre und lese, vom Städte- und Gemeindebund, dann empfehle ich, das mit den lokalen Handwerkerschaften und den jeweiligen lokalen Betrieben zu erörtern. Man wird dann sehr rasch an die Grenze dessen kommen, was auf diesem Feld möglich ist. Wir reden in Wahrheit bei diesen 400 000 oder 500 000 Personen von Menschen, die sich irgendwo – ich sage das pauschal – zwischen Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe bewegen. Und das ist ein Problem, welches aus meiner Sicht eigentlich am Arbeitsmarkt und mit Arbeitsvermittlung kaum zu lösen ist. Natürlich ist, jegliche Form von Zwangsarbeit abzulehnen. Die Arbeitsagenturen haben erhebliche Möglichkeiten, Menschen, die einen legalen Job ablehnen, oder sonstige Missbräuche zu sanktionieren, und davon wird ja auch vermehrt Gebrauch gemacht. Das ist auch gut so. Worin die Arbeits-

agenturen nach meiner Auffassung noch Unterstützung brauchen, kann man, und das hat die Bundesarbeitsministern ja getan, in den Niederlanden studieren. Die Agenturen müssten in die Lage versetzt werden, Arbeitssuchende und insbesondere jugendliche Arbeitssuchende jeweils sofort, gewissermaßen stehenden Fußes, entweder in einen Ausbildungsplatz oder in einen Arbeitsplatz oder in eine Qualifizierungsmaßnahme zu vermitteln. Ich glaube, das ist, ganz praktisch gesprochen, das Wichtigste.

Menschen dürfen nicht aus Enttäuschung in der Arbeitslosigkeit versinken. Sie dürfen nicht das Gefühl haben, dass sie nicht gebraucht werden. Auf diesem Feld der raschen Vermittlung, glaube ich, ist es vernünftig, mehr als es bisher – wir diskutieren das in Deutschland ja sehr bürokratisch – üblich ist, eine Zusammenarbeit zwischen öffentlicher Arbeitsvermittlung und privater Arbeitsvermittlung oder auch die Übertragung an private Arbeitsvermittlungen in Angriff zu nehmen. In Frankreich geschieht das in enormer Weise, und es zeigt sich dort, dass auf etlichen Feldern die Vermittlung durch Private sehr viel rascher vonstatten gehen kann, weil sie einfach näher am Markt sind als die Öffentlichen. Es gibt ansonsten aus meiner Sicht, das will ich nicht versäumen, viel Grund, pauschal gesprochen, das hervorragende Zusammenwirken von Unternehmen und Arbeitnehmern in Betrieben und gerade in dieser krisenhaften Zeit hervorzuheben. Das gilt auch für die Tarifarbeiterparteien – der Metallbereich ist da beispielhaft. Das Kurzarbeitergeld ist ein offensichtlich überaus wirksames Instrument, auch wenn ich es gut fände, wenn es stets im Zusammenhang mit Qualifizierungsmaßnahmen benutzt würde. Wir sind immer noch hervorragend im internationalen Vergleich in der beruflichen Ausbildung. Wir liegen in der Jugendarbeitslosigkeit zwar leider deutlich höher als in der allgemeinen Arbeitslosigkeit, aber deutlich niedriger als nahezu alle vergleichbaren Volkswirtschaften. Das ist eine Leistung, die man nicht unterschätzen darf. Insgesamt blickt man deshalb aus unseren europäischen Nachbarstaaten genauso wie aus den USA auf uns mit Verwunderung – und manche auch mit Bewunderung. Ich weiß noch, dass wir, als ich im Amt war, als der „kranke Mann Europas“ geschildert wurden. Wenn ich heute den „Economist“ lese, dann lese ich dort, dass wir inzwischen zu den guten Beispielen für andere deklariert werden. Deshalb kann man über manche unserer innenpolitischen Auseinandersetzungen eigentlich auch nur den Kopf schütteln.

Ich will Ihnen noch ein Zitat nennen, welches Präsident Lincoln zugeschrieben wird. Das Zitat lautet: „Man stärkt die Schwachen nicht, indem man die Starken schwächt.“ In unsere Tage übersetzt heißt das aus meiner Sicht, dass wir alles uns Mögliche tun müssen, um wirtschaftliches Wachstum zu fördern. Die Erfahrung des Aufschwungs von 2005 bis 2008 zeigt auch, dass dies die beste Arbeitsmarktpolitik ist. Was wir dazu brauchen, ist allerdings ein umfassender Umbau unseres Landes. Wir müssen wegkommen von einer wohlfahrtsstaatlichen Sozialpolitik hin zu einer umfassenden Bildungspolitik als dem Kernstück, in dem Eigenverantwortung und Eigeninitiative gestärkt werden. Denn Bildungspolitik ist wiederum heute mehr denn je die beste Sozialpolitik. Und wenn ich andere Felder hinzunehme, dann bin ich an dem Punkt, dass ich glaube, dass wir mit einer mutigen Reformpolitik auf allen Feldern auch den sozial Schwachen den besten Dienst erweisen können. Deshalb plädiere ich, wo immer ich kann, für eine solch mutige Reformpolitik. Vielen Dank.

### **Dr. Karen Horn**

Vielen herzlichen Dank, Herr Clement. Wir machen weiter mit Herrn Kolb. Herr Kolb ist stellvertretender Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion. Er ist Unternehmer, studierter Wirtschaftsingenieur und hat als Vorsitzender des Arbeitskreises Sozialpolitik der FDP-Fraktion schon lange Jahre mit diesen Themen zu tun gehabt. Sie waren auch von 1992 bis 1998 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft. Wir bitten Sie um Ihre Stellungnahme.

**Dr. Heinrich Kolb**

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

in der teilweise sehr emotional geführten Debatte der letzten Wochen ist immer wieder die Forderung laut geworden, die FDP solle doch nun mal Farbe bekennen und ihre Vorstellungen bekanntgeben. Ich bin froh, heute gemeinsam mit den Kollegen Vogel, Kober, Lanfermann und auch Lindner dieser Aufforderung nachkommen zu können und Ihnen ein Papier vorzulegen, das wir ausdrücklich als Einladung zur Diskussion verstehen und nicht als abschließende Wahrheit ansehen. Denn der Diskussionsprozess beginnt heute. Wir haben uns bei dem Papier, welches Ihnen vorliegt, leiten lassen von dem Gedanken, dass die Gesetze für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt, also vulgo die Hartz-Gesetze, nicht verkehrt gewesen sind. Wir bekennen uns auch weiterhin zum Grundsatz des Fordern und Förderns. Auch wenn sich manche Väter und Mütter der Gesetze von damals mittlerweile in die Büsche schlagen und nicht erkennen, dass es Probleme gibt.

Eine Facette der Probleme hat das Bundesverfassungsgericht bereits deutlich gemacht mit seiner Entscheidung zu den Regelsätzen, die sozusagen der Startschuss für die Diskussion gewesen ist. Wir bekennen uns, was die Regelsätze anbelangt, zu unserer Verantwortung. Wir werden Wertungsentscheidungen künftig treffen. Und als Gesetzgeber werden wir entscheiden: Was gehört über das physische Existenzminimum zur gesellschaftlichen, politischen, kulturellen Teilhabe und was nicht. Das ist keine bequeme Entscheidung, aber sie muss getroffen werden und wir werden sie treffen.

Aber es geht auch um mehr als nur diese finanzielle Dimension. Es geht um Teilhabe, es geht um Bildung und es geht auch um Aufstieg. Deswegen bekennen wir uns auch zu dem Teil des Verfassungsurteils, in dem es um die Bildungschancen für die in Bedarfsgemeinschaften lebenden Kinder geht. Dies nehmen wir ausdrücklich ernst. Wenn wir sagen: Wir können uns vorstellen, diesen Zugang auch in Form von Sachleistungen zu gewähren, dann verbinden wir damit ausdrücklich die Erwartung, dass künftig für alle Kinder in Bedarfsgemeinschaften der Zugang auch tatsächlich eröffnet werden soll und Gelder nicht an der einen oder anderen Stelle entfremdet genutzt werden.

Wir wollen Aktivierung, meine Damen und Herren. Die Einrichtung im Transferbezug ist für uns keine akzeptable Situation. Wir wollen möglichst viele Menschen zurück in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung bringen. Was wir nicht akzeptieren, wenn man, wie Frau Kraft dies nun unlängst getan hat, sozusagen Langzeitarbeitlose sortiert und sagt: Ein Viertel – die haben sowieso keine Chancen mehr. Das sind wir nicht bereit zuzulassen, sondern wir glauben, dass die Integration in den Arbeitsmarkt für jeden im Grundsatz möglich ist. Wir sind auch davon überzeugt, dass die Chancen in Zukunft besser werden. Wir müssen, dass will ich hier sehr deutlich sagen, auch an die Zeit nach der Krise denken, denn das Ende der Krise wird der Beginn des demographisch bedingten Arbeitskräftemangels in Deutschland sein und in diesem Zuge viele Menschen, die sich heute chancenlos sehen, ganz neue Chancen eröffnet bekommen.

Ich will noch etwas zum Thema Mindestlohn sagen – zu den Hinzuverdienstgrenzen wird der Kollege Vogel vortragen und zu der Pauschalisierung der Wohnkosten der Kollege Kober. Ich glaube nicht, dass Mindestlöhne die Lösung des Problems sind. Es ist versucht worden, dies auch hier miteinander zu verbinden. Sie sind nicht die Lösung für die allerziehende Mutter, die nur 15 Stunden in der Woche arbeiten kann, und sie ist auch nicht die Lösung für den Famili-

envater mit zwei oder drei Kindern, der einen Stunden- und Mindestlohn von zwölf oder 13 Euro brauchte, um sich aus dem Transferbezug zu befreien. Wir sollten die Aufstockung, die mit den Hartz-Gesetzen ermöglicht worden ist, auch nicht als eine Art Schande oder als ein Versagen unseres Sozialstaates sehen. Ich sehe darin ausdrücklich einen Nachweis der Leistungsfähigkeit des Sozialstaates, und es ist gut und richtig, dass wir jeden Einzelnen einladen, das zu tun und zu tragen, was er oder sie leisten kann. Und da, wo es nicht reicht, muss am Ende über einen ergänzenden Transferbezug sichergestellt werden, dass der Bedarf der Bedarfsgemeinschaft gedeckt werden kann. Und weil wir uns mit diesen Überlegungen auf einem Weg sehen, will ich das Ende des Weges kurz beschreiben: Wir wollen und streben einen Transferbezug aus einer Hand an. Ein liberales Bürgergeld, bei dem der Bedarf derjenigen gedeckt wird, die ihren notwendigen Bedarf nicht aus eigener Kraft decken können und wo diejenigen, die ihren Bedarf mehr als gut decken können, auch mit ihren Steuern und Beiträgen zur Finanzierung unseres Sozialstaates beitragen. Es ist wichtig, dass wir einen gleitenden Übergang zwischen Transferbezug und der Steuerfinanzierung unseres Gemeinwesens schaffen. Das ist die Perspektive, die wir am Ende des Weges sehen. Jetzt geht es darum, die nächsten Schritte zu gehen. Dazu bringen wir heute sehr konkrete Vorschläge und ich würde mich freuen, wenn sie heute oder auch im Nachgang in den nächsten Wochen mit ihren Beiträgen diese Diskussion bereichern würden. Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit.

#### **Dr. Karen Horn**

Vielen Dank, Herr Kolb, auch für die Punktlandung. Wir freuen uns auch auf die nächsten Punkte, die das gemeinsame Papier dann beleuchten und ich darf weitergeben an Herrn Ulrich Schneider. Herr Schneider ist Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Deutschland, eines der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege in Deutschland. Er ist seit 1999 promovierter Pädagoge und seit 1988, glaube ich, beim Paritätischen Wohlfahrtsverband. Ich darf Sie bitten.

#### **Dr. Ulrich Schneider**

Vielen Dank, meine Damen und Herren!

Das Bundesverfassungsgericht hat am 9. Februar, denke ich, das sehe ich ähnlich wie Herr Clement, in der Tat einen Meilenstein gesetzt, der noch für einige Diskussionen in den nächsten Jahren sorgen wird. Ich würde nicht soweit gehen, zu sagen, das Bundesverfassungsgericht habe hier neue Grundrechte sich ausgedacht. Aber das Bundesverfassungsgericht hat seit vielen Jahren mal wieder definiert, was wir uns unter sozialen Gesichtspunkten unter Artikel 1 des Grundgesetzes vorzustellen haben: Würde des Menschen. Was dieser Artikel 1 bedeutet im Zusammenhang mit Artikel 20, dass es sich um einen Sozialstaat in Deutschland handelt, hat uns im Grunde genommen daran erinnert und ins Stammbuch geschrieben, dass nach seiner Auffassung – und das ist die maßgebliche Auffassung des Grundgesetzes aufgrund Artikel 1, Artikel 20 – ein jeder Bürger, eine jede Bürgerin ein Recht darauf hat, sofern es nicht aus eigener Leistung zu schaffen ist, eine Hilfe zu bekommen, die Teilhabe sichert: auf bescheidenem Niveau, aber ganz unabhängig davon, wie diese Notsituation entstanden ist.

Dies ist schon was ganz Wichtiges, denn daraus ist für den Gesetzgeber ein Auftrag erwachsen, dass er sich nämlich, endlich und zum ersten Mal seit vielen Jahren oder Jahrzehnten, Gedanken machen muss und öffentlich die Frage zu diskutieren hat: Was braucht ein Mensch? Was braucht ein Mensch mindestens? Was brauchen Kinder mindestens, um teilha-

ben zu können an dieser Gesellschaft? Wieviel Teilhabe wollen wir in diesem Sozialstaat überhaupt gewähren? Und es ist der Politik aufgetragen worden, hier offenzulegen, was sie denn darüber denkt. Sie kann sich nicht mehr länger verstecken hinter irgendeinem so genannten Statistikmodell, was am Ende auch nur Begriffe und Zahlen beinhaltet und auch nicht nachvollziehbar und plausibel macht, warum denn gerade dieser Betrag da und da gezahlt wird. Man stützt sich auf Statistiken, ohne aber inhaltlich zu begründen und die Frage zu beantworten: Was braucht denn nun ein Mensch? Und diese Frage, die ich für die zentrale in einem Sozialstaat halte, ist jetzt endlich zu beantworten.

Und es ist noch ein Zweites: Es geht nicht nur darum, zu beantworten, was braucht ein Mensch und dabei im Zweifelsfall auch sich mal offenzulegen, wenn jemand der Ansicht ist, er brauche das und das nicht, das er das auch sagt und dann muss man darüber streiten. Es geht vielmehr auch darum, wenn man sich denn geeinigt hat, was man den Menschen auf jeden Fall zukommen lassen will, um seine Teilhabe sicherzustellen: Wie lasse ich es ihm überhaupt zukommen? Denn es geht nicht nur darum, dass die Hilfe die Menschenwürde achten muss, sondern auch um die Art, wie die Hilfe erbracht wird. Und da finde ich es ganz wichtig, was Herr Clement und auch was Herr Kolb gesagt haben, denn den erwerbsfähigen Menschen, die heute arbeitslos im Hartz-IV-Bezug sind, kann es auf Dauer keine würdevolle Hilfe sein, ihnen einfach Geld zu geben. Es kann auf Dauer keine würdevolle Hilfe sein, Menschen immer wieder zum Amt zu zitieren, zu sagen: Bewirb dich! – wohl wissend, dass sie sowieso keine Stelle bekommen in absehbarer Zeit. Oder sie im Zweifelsfall von einer Trainingsmaßnahme zur anderen zu schicken – wohl wissend, dass dem Einzelnen das im nächsten Jahr vielleicht gar nicht soviel bringen wird. Eine würdevolle Hilfe für einen erwerbsfähigen Menschen ist, das ist unsere feste Überzeugung, dass wir ihm helfen, tatsächlich sein Geld, was er braucht, selbst zu verdienen. Das ist das A und O, weil wir überzeugt davon sind, dass dieses auch ein Grundbedürfnis ist selbstverantwortlich zu sein für sich, selbstverantwortlich zu sein für seine Familie, um seinen Kindern zu zeigen: Ich kann für euch sorgen. Das ist etwas ganz Wesentliches, was im Moment für viel zu viele Menschen in Deutschland keine Realität ist. Würdevolle Hilfe heißt daher, sich Gedanken darüber zu machen, wie wir Menschen auch dauerhaft, und da unterstreiche ich vollständig, was Herr Kolb und Herr Clement gesagt haben, wieder aus dem Bezug herausbekommen.

Und deswegen würde ich auch jetzt gar nicht Frau Kraft schelten, was ja jetzt sehr schnell getan wird. Frau Kraft – man kann über ihren Vorschlag streiten – hat ein Kernproblem doch auch benannt, vor dem man nicht die Augen verschließen kann. Selbstverständlich haben wir im Hartz-IV-Bezug eine ganze Reihe von Menschen, von denen wir alle wissen, in nächster Zeit ist da gar nichts zu machen und, wenn die ein bestimmtes Alter haben, ist auch bis zum Renteneintrittsalter nichts mehr zu machen. Wenn wir heute fast die Hälfte von Menschen im Hartz-IV-Bezug haben, die mehr als drei Jahre und länger drin sind, dann muss man sich dieser Realität stellen und fragen, wie kann ich jetzt diesen Menschen würdevoll Hilfe zukommen lassen. Das heißt: Wie kann ich auch diesen Menschen Arbeit zukommen lassen, wenn es denn der erste Arbeitsmarkt nicht richten kann? Die Frage muss erlaubt sein und darüber muss man nachdenken. Ich halte auch dies für eine zentrale Frage, die das Bundesverfassungsgerichtsurteil aufgegeben hat mit der Frage, und auch dieses hat Herr Clement angesprochen, wie wir Kindern würdevolle Hilfe zukommen lassen können. Kinder wollen teilhaben, sie wollen dazu gehören. Sie wollen nicht einfach Geld, sondern sie wollen im Gemeinwesen tatsächlich dabei sein, wenn alle anderen Kinder was tun im Sportverein, beim Ausflug in der Schule. Kinder haben ein Bedürfnis wie kein Erwachsener später mehr, sich zu entfalten und sich zu entwickeln. Auch sich zu bilden ist ein Bedürfnis von Kindern. Das heißt, wenn wir Kindern ihrer spezifischen Würde entsprechende Hilfe zukommen lassen wollen, dann ist auch dieses natürlich nur zu erreichen in Bildung, in Teilhabe, in Mitwirkung, im Gemeinwesen

und darin, dass Kinder die Chance bekommen, sich zu verwirklichen. Wie dieses zu geschehen hat – darüber wird in den nächsten Monaten heftig diskutiert werden und ich hoffe, dass nicht gestritten, sondern sachlich diskutiert wird. Es wird über Infrastruktur diskutiert werden, über Geldleistung, auch über Gutscheine und anderes. Wir müssen einen vernünftigen Mix jetzt hinbekommen, der Kinder tatsächlich teilhaben lässt.

Ich will hier gar nicht ins Detail gehen – das kann man heute nicht –, aber lassen Sie mich ein letztes Wort noch verlieren zu dem Thesenpapier, was hier vorgelegt worden ist seitens Herrn Kolb, Herrn Vogel und Herrn Lindner. Dieses Papier ist nur zu begrüßen, so wie es jetzt vorgelegt wurde. Dieses Papier bietet eine echte Möglichkeit der Versachlichung der Diskussion: Weil es nicht viele der Polemiken aufgreift, die in den letzten Wochen geäußert wurden. Weil es nicht viel auch von Falschaussagen aufgreift, dass beispielsweise Hartz-IV-Bezieher in vielen Fällen mehr hätten als Menschen, die arbeiteten. Und weil es auch nicht den Vorschlag unterbreitet, Leute irgendwie wahllos zum Schnee schippen oder sonst wo hinschicken, sondern weil hier ganz deutlich gesagt wird: Ein-Euro-Jobs müssen mit Qualifizierung Hand in Hand gehen, sonst kann es keine reguläre Gegenleistung zu Hartz IV sein. Ich finde es außerordentlich begrüßenswert, dass dieses Papier vorliegt und in der Tat jetzt die Diskussion und die Auseinandersetzung mit Vorschlägen der FDP auch beginnen kann, ohne dass man auf Polemiken reagieren muss. Dafür ganz herzlichen Dank. In der Sache hat dieses Papier zum Kern die Frage der Aufstockung, die Frage der Freibeträge. Die Vorschläge, die hier gemacht werden, packen am richtigen Ende an. Es ist fatal bei den jetzigen Regelungen, wie sie in der Tat einen finanziellen Sog schaffen zu Minijobs, zu in der Tat beruflichen Sackgassen. Deswegen ist es vernünftig, hier andere Freibetragsregelungen zu schaffen, nur will ich davor warnen zu glauben, dadurch könnte Hartz IV irgendwann einmal zu einem Kombilohn werden. Das kann es meiner Ansicht nach nie sein. Hartz IV setzt mit den Aufstockungsregelungen niemals am Lohn an, sondern immer am Einkommen der Bedarfsgemeinschaft. Kombilohn kann immer nur sein: Ich schaue mir den Lohn an, schaue, was da fehlt, helfe über die Runden zu kommen und stocke den Lohn auf. Aber es kann in der Praxis niemals sein, dass ein Erwerbstätiger nach zehn, zwanzig, dreißig Berufsjahren, der plötzlich wechseln muss in einen Job, der schlecht bezahlt ist, und der weiter arbeiten will, plötzlich einen Kombilohn in Anspruch nehmen soll, der damit zusammenhängt, dass er alle Vermögen offenlegt, alle Einkünfte offenlegt, dass er vielleicht mit einem Brief rechnen muss, dass er die Wohnung verlassen muss, weil sie zu groß ist, dass möglicherweise Außendienstmitarbeiter in seine Wohnung kommen und nachgucken, ob da nicht noch jemand lebt, der Einkommen hat, und schauen, wie der Kühlschrank sortiert ist und ob das Bett, für das er ein Darlehen beantragt hat, weil das sonst nicht reicht, tatsächlich kaputt ist.

Das kann kein Kombilohn sein. Kombilohn muss schlank sein. Kombilohn muss an den Löhnen ansetzen und nicht am Haushaltseinkommen. Ich finde in Ihrem Papier, was hier vorliegt, die Überlegung, sich um die Sozialabgaben in diesem Zusammenhang Gedanken zu machen: Inwieweit hier vielleicht eine Stellschraube ist, wo man tatsächlich etwas für den Niedrigeinkommensbereich tun kann, wesentlich zukunftsträglicher, als Hartz IV durch Aufstockung irgendwann einmal zum Regelfall werden zu lassen. Das kann es nicht sein. Stocken wir auf, bekommen wir außerdem noch, und damit ist zu rechnen, eine Erhöhung der Regelsätze, wenn diese neu gerechnet werden müssen. Dann könnte es einer der Effekte sein, dass viele Familien im Niedrigeinkommensbereich plötzlich in Hartz IV wieder reinrutschen als Aufstocker, und das kann eigentlich nicht gewollt sein. Deswegen müssen wir nach einer Alternative eines Kombilohnmodells suchen, die genau das verhindert und trotzdem den Familien im Niedrigeinkommensbereich das Einkommen sichert, das sie brauchen, um über die Runden zu kommen. Vielen Dank.

## **Dr. Karen Horn**

Vielen Dank, Herr Schneider. Herr Vogel, sie haben gleich Gelegenheit, das zu vertiefen und vielleicht auf einen Teil schon zu antworten. Herr Vogel ist arbeitsmarktpolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion. Sie sind studierter Politikwissenschaftler. Bitte ans Pult.

## **Johannes Vogel**

Vielen herzlichen Dank für die Gelegenheit. Ich will in der Tat an die Frage des Kombi-lohns/Kombieinkommens anknüpfen, vorher aber auf einen anderen Punkt eingehen. Christian Lindner hat eben, als er von der liberalen Sozialpolitik im Grundsatz gesprochen hat, den Begriff der Lebenschancen verwendet. Bei dem Begriff der Lebenschancen kommt einem natürlich Dahrendorf in den Sinn. Der hat auch noch ein anderes Zitat gesagt, nämlich, dass es sich keine Gesellschaft leisten kann, einen Teil ihrer Bürger dauerhaft von ihren Chancen auszuschließen, ohne moralisch Schaden zu nehmen. Und ich glaube, das sollten wir uns vergegenwärtigen, denn zum Teil passiert dies heute ein Stück weit.

Unser Sozialstaat ist gut darin, wenn es darum geht, auch in der Krise Arbeitsplätze zu sichern. Das sehen wir beispielsweise aktuell an der Kurzarbeit. Ich glaube, bei der Nachhaltigkeit der Systeme, wenn wir zum Beispiel über die Gesundheits- und die Pflegeversicherung reden, und eben auch bei der sozialen Teilhabe aller, besteht Nachbesserungsbedarf. Und natürlich, Herr Clement hat gerade die Erfolge der Agenda 2010 angesprochen und Heinz Kolb hat deutlich gemacht, dass wir als Liberale uns auch dazu bekennen, gibt es Erfolge: Die Zahl der Langzeitarbeitslosen im letzten Aufschwung ist beispielsweise schon zurückgegangen – erstmalig. Aber ich glaube, wir können noch nicht zufrieden sein mit den Erfolgen, sondern der Sozialstaat muss noch besser werden. Und wir müssen darauf achten, dass Ungerechtigkeiten, die ein Stück weit eingebaut wurden, von uns auch korrigiert werden.

Ich glaube, dass unser Sozialstaat immer noch zu häufig die Menschen teilweise beruhigt, statt sie zu aktivieren. Ich glaube, dass wir immer im Kopf haben müssen, dass alle Menschen ein Recht auf einen Sozialstaat haben, der ihnen eben eine Perspektive bietet.

Und ich will auf zwei Punkte ganz besonders eingehen aus dem Thesenpapier, was von uns als Auftakt der Diskussion heute auch vorgelegt wurde: Das eine ist die bessere Betreuung vor Ort. Ich glaube, dass wir noch besser darin werden müssen, den Menschen vor Ort, wenn sie arbeitslos sind, teilweise langzeitarbeitslos sind, eine Perspektive zu bieten, sie zu qualifizieren und sie dann in den Arbeitsmarkt zu vermitteln. Das funktioniert, Herr Clement hat es eben gesagt, heute besser denn je. Das ist richtig. Aber man muss erkennen, dass es immer noch Licht und Schatten gibt, dass es gute Betreuung vor Ort gibt, aber eben auch zu viele Beispiele von nicht ausreichender, nicht intensiv wahrgenommener Betreuung. Da müssen wir besser werden.

Zwei Punkte sehe ich als Ansatzpunkt, die wir auch konkret vorschlagen. Einmal die Qualifikation der Betreuer. Denn ohne einen Betreuer, der vor Ort qualifiziert ist – und teilweise werden dort zum Beispiel studierte Kunsthistoriker in den Jobcentern nach dreimonatiger Einarbeitung mit der Betreuung beauftragt. Ich glaube, dass da etwas länger Zeit investiert werden muss. Sonst kann es natürlich nicht gelingen – sowohl beim Fördern als auch beim Fordern. Denn zum Fordern, zum Beispiel zu der Verhängung von Sanktionen, gehört auch, dass man das Recht gut kennt und selbstbewusst darin ist, es auch anwenden zu können.

Ich glaube, dass wir neben besserer Qualifikation der Betreuer aber auch einen produktiven Wettbewerb der Systeme brauchen. Wir werden gleich noch einen Beitrag hören von einem Vertreter einer Optionskommune. Ich glaube, dass es richtig ist, dass wir teilweise die Betreuung vor Ort aus einer Hand bei den Kommunen haben wollen, teilweise aus einer Hand mit Zusammenarbeit zwischen der Bundesagentur und den Kommunen und dass es Transparenz geben muss und einen produktiven Wettbewerb, der eben in den Ergebnissen besser ist, und das heißt, den Menschen Perspektiven zu geben. Ich glaube, dass das die richtige Antwort ist.

Aber das Herz unserer Thesen ist in der Tat natürlich die Frage der Zuverdienste. Und ich glaube, dass das deshalb auch so entscheidend ist, weil wir um die Erkenntnis spätestens nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts in meinen Augen nicht herum kommen, dass natürlich in Deutschland das Lohnabstandsgebot ein Stück weit durch das Sozialstaatsgebot überlagert wird. Das kann gar nicht anders sein, wenn es um die Frage eines menschenwürdigen Existenzminimums geht – gerade was Familien angeht. Gerade dann wird aber die Frage entscheidend: Wie attraktiv ist es denn, sich etwas dazuzuverdienen und schrittweise wieder auf eigenen Beine zu kommen? Und derzeit haben wir ja bei der Situation in Deutschland die in meinen Augen absurde Situation, dass mit steigendem Einkommen die Anreizwirkung abnimmt. Umso mehr man sich, wenn man im Transferbezug ist, hinzuverdient, umso weniger attraktiv wird dieser Zuverdienst. Und das ist genau das Gegenteil von dem, was wir in meinen Augen erreichen müssen. Denn das Ziel kann ja nicht sein, dass der Transferbetroffene dauerhaft Leistungen bezieht, bei denen er sich dann vielleicht durch einen Minijob ein bisschen etwas hinzuverdient. Das Ziel muss vielmehr sein, dass der- oder diejenige die Chance und auch positive Anreize hat, sich Schritt für Schritt wieder der finanziellen Selbstständigkeit anzunähern.

Deshalb schlagen wir konkret vor, die Brücke in die reguläre Beschäftigung zu verbessern. Ich glaube, wir können nicht zufrieden damit sein, dass über die Hälfte derjenigen, die sich zu dem Transferbezug etwas dazuzuverdienen, das nur bis zur Grenze von 400 Euro tun, also auf der Ebene eines Minijobs. Über 20 Prozent tun dies sogar nur bis 100 Euro. Ich glaube, wir müssen die Zuverdienstmöglichkeiten, die Anreize, sich schrittweise eben mehr finanzielle Selbstständigkeit zu erarbeiten und den Zugang zu höherem Einkommen zu verbessern, überprüfen, gerade, wenn es über den Minijob hinaus geht, wenn es wieder Richtung reguläre Beschäftigung geht. Ich glaube, dass es richtig ist, dass wir hier zwei Modelle vorschlagen, wie wir den Sog in die volle sozialversicherungspflichtige Beschäftigung verbessern. Es ist auch wichtig, sich zu vergegenwärtigen, welche ethische Komponente dahinter steht, denn es geht auch um das Signal – das ist bei Sozialstaatsfragen immer wichtig –, das die Gesellschaft und der Sozialstaat an die Menschen sendet: Wenn man versucht, sich wieder auf die eigenen Füße zu stellen, wenn man seinen Beitrag leisten will, sich etwas hinzuverdienen, bekommt man dann eher Steine in den Weg gelegt oder werden einem eher die Hände gereicht? Ich glaube, wir müssen den Menschen stärker die Hände reichen.

Wir schlagen ganz konkret vor, den Anteil des Einkommens, den man behalten kann von dem, was man sich dazuzuverdient, in den höheren Einkommensbereichen über 400 Euro, bei 500, 600, 700 Euro zu verbessern. Ich glaube, wir müssen die Anreize eigentlich vom Kopf auf die Füße stellen: Wir müssen dafür sorgen, dass es eben nicht attraktiver ist, sich nur ein bisschen was hinzuverdienen, sondern dass es attraktiver wird, immer mehr in die finanzielle Selbstständigkeit zu gehen. Das passt auch zusammen mit unserer Programmatik als Liberale, denn es ist die zweite Seite der Medaille, kleine und mittlere Einkommen eben gerade

auch bei den Sozialabgaben und bei den Steuern zu entlasten. Wir müssen dafür sorgen, dass es in allen Einkommensbereichen attraktiv ist, sich etwas dazuzuverdienen.

Insofern, Herr Clement hat es angesprochen, ist die Frage der Zuverdienste ein schwieriges Thema. Es ist aber in Wahrheit, wenn es darum geht, wo sind die positiven Anreize in unserem Sozialstaat, wieder selbstständig zu werden und die soziale Bedürftigkeit zu verlassen, das zentrale Thema. Und deshalb dürfen wir da die Debatte nicht scheuen und nicht davor zurückschrecken, konkrete Vorschläge zu machen. In diesem Sinne freue ich mich auf weitere Diskussionen, ganz konkret auch über die zwei Varianten, die wir als Liberale hier auch in unserem Thesenpapier vorschlagen. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

### **Dr. Karen Horn**

Vielen Dank, Herr Vogel. Wir machen weiter mit Frau Niejahr. Frau Niejahr ist hier in Berlin die Korrespondentin der „Zeit“, die sich mit politischen und wirtschaftspolitischen Themen befasst. Zuvor war sie beim „Spiegel“. Frau Niejahr befasst sich mit diesen Themen sehr ausführlich, auch und insbesondere mit Blick zum Beispiel auf den demografischen Wandel. Erwähnenswert ist vielleicht, dass Sie noch vor einer Woche Herrn Westerwelle gesagt haben: „Das ist jetzt Ihr Sozialstaat! Sie müssen etwas ändern!“ Jetzt haben Sie ja Ansätze gesehen. Mal sehen, wie Sie die finden.

### **Dr. Elisabeth Niejahr**

Danke schön, Frau Horn. Normalerweise sitze ich ja tatsächlich eher auf der anderen Seite und schreibe dann mit, was andere hier oder auch bei anderen Parteien sagen, bin der Einladung aber sehr gerne gefolgt, um auch das, worüber ich schreibe, auch mal so in der Form zu vertreten. Mir fiel dann auch ein, dass ich tatsächlich meinen ersten Artikel überhaupt als hauptberufliche Journalistin vor 17 Jahren über Herrn Mitschke, der hier auch sitzt und den wir gleich auch noch hören werden, über das liberale Bürgergeld geschrieben habe. Also so lange beschäftigt mich all das zumindest schon. Ich habe das hier in erster Linie als Einladung verstanden, in freundlichem Ton, aber mit kritischen Gedanken mich auch mit dem Blick der Liberalen auf den Sozialstaat zu beschäftigen und dazu drei Anmerkungen zu machen. Eine heimliche Überschrift dazu hat mir, Herr Lindner, Ihr Mitarbeiter, der hier auch irgendwo sitzt, Herr Metzner, eben geliefert, als wir in den Fahrstuhl gingen. Da ging es zwar nur um ein Anmeldeformular, aber er sagte mir: Wir gehen hier eigentlich davon aus, dass wir es immer mit Erwachsenen zu tun haben. Und da habe ich gedacht: Genauso ähnlich lautet mein Lieblingssatz aus der sozialpolitischen Debatte der letzten 20, 30, 40 Jahre. Er stammt von Kurt Biedenkopf und Heiner Geißler und lautet: „Der kleine Mann ist groß geworden.“

Das bezog sich damals auf den explodierenden Sozialstaat in Deutschland in den 70er Jahren. Die steigende Macht von verschiedenen sozialstaatlichen Institutionen, Gewerkschaften usw. ist meines Erachtens aber trotz vieler, vieler Reformenjahre heutzutage genauso aktuell. Es war hier schon die Rede von dem steigenden Umfang des Sozialstaates. Dazu nur eine kleine Anmerkung: Ich teile die Bestandsaufnahme oder die Analyse, dass das in der Form ein Problem ist. Eine Fehlwahrnehmung ist vielleicht, dass wir in den Reformjahren, die wir hinter uns haben, den Sozialstaat zurückgefahren, gekappt hätten. Man hat ja oft den Eindruck, wir hätten da ausschließlich Sozialabbau hinter uns. Da ist eben ein Blick in den Sozialbericht der Bundesregierung 2009 ganz aufschlussreich. Es gab wirklich in der deutschen Nachkriegszeit nur ein einziges Jahr, in dem die Sozialausgaben überhaupt zurückgegangen sind. Das war

2004, und da ging es auch nur um den winzigen Betrag von 0,2 Prozent. Und auch in Relation zum Bruttoinlandsprodukt, was die wahrscheinlich relevantere Größe ist, haben wir auch fast immer einen Anstieg zu verzeichnen. Also das nur mal als kleine Anmerkung. In den Jahren der Hochkonjunktur, wo man annehmen konnte, durch geringere Ausgaben bei der Bundesagentur für Arbeit würden die Sozialausgaben zurückgehen, ist da eigentlich nicht viel passiert, weil man das Gefühl hätte, jetzt müssten die Rentner auch mal und die mal und die mal. Und in den Jahren des Sparens stiegen dann die Sozialausgaben aus anderen Gründen, weil zum Beispiel für Arbeitslose mehr Transfers anstanden. Das nur so als kleine Orientierungsgröße.

Grundsätzlich bin ich allerdings der Meinung, dass weniger der Blick auf das Volumen des Sozialstaates als dessen Allgegenwärtigkeit uns beschäftigen sollte. Am besten hat das aus meiner Sicht kürzlich jemand, der aus einer ganz anderen politischen Ecke als Sie hier oder dieser Partei kommt, das sehr gut auf den Punkt gebracht: Stephan Lessenich, Sozialwissenschaftler, Professor von der Universität Jena, der, in einer langen Auflistung feststellte, wo der Sozialstaat – und damit meint er im weiteren Sinne auch das Transfer- und Abgabensystem, also auch Steuerrecht usw. – sich überall einmischte, also die bekannten Dinge: Ob wir unsere Eltern pflegen oder sie ins Pflegeheim bringen, ob wir verheiratet oder unverheiratet zusammenleben, ob wir unsere Wohnung mieten oder ob wir unsere Kinder studieren lassen, ob wir zur Arbeit mit dem Auto fahren oder mit der Straßenbahn oder mit dem Fahrrad, ob wir nachts oder am Wochenende arbeiten usw. Also überall ist der Staat bei diesen zum Teil sehr privaten Entscheidungen in irgendeiner Form mit seinem Steuer- und Abgabensystem dabei, versucht zu lenken, versucht mitzuentcheiden. Ich glaube, diese Allgegenwärtigkeit ist mindestens ebenso relevant wie das Volumen der Sozialleistungen.

Daran schließen sich meine drei Anmerkungen, Empfehlungen, Kommentare, wie auch immer Sie es nennen wollen, zur liberalen Sozialstaatsdebatte an.

Erstens die Frage, ob die FDP die Stoßrichtung bei ihren Freiheitsdebatten hundertprozentig richtig gewählt hat. In dieser Grundsatzdebatte über Verteilung, Freiheit, Eigenverantwortung, Umverteilung geht es beim Freiheitsbegriff der Liberalen häufig um Themen wie Bürgerrechte, Steuersystem, und da auch eher um das Volumen der Steuersenkung als um die Frage: Einfaches Steuersystem, wie kommt man da weiter? Meines Erachtens müsste es mindestens ebenso um die Frage gehen: In welchem Umfang soll der Staat eigentlich Steuern erheben mit seinem Transfer- und Abgabensystem. Mir ist klar, dass es viel unpopulärer ist, sich an so etwas wie der Pendlerpauschale oder den Nacht- und Feiertagszuschlägen abzuarbeiten. Aber vielleicht wäre das für eine regierende Partei, die sich als Reformkraft verstehen will, auch einfach eine ehrenwerte Aufgabe, da mal anzufangen. Ich habe bei den Jüngeren aus der FDP, mit denen ich in den letzten Wochen häufiger diskutiert habe, immer wieder gehört, dass Sie sich auch so an der Agenda 2010 der rot-grünen Regierungsjahre und deren ja sehr unpopulären Reformen orientieren. Das wäre also, was ich da gerade genannt habe, ein mindestens so harter Brocken, an dem man sich verdient machen könnte und wahrscheinlich auch in Zeiten des Sparens, die ja vor uns liegen, gar nicht so chancenlos, da einen Schritt weiterzukommen.

Damit bin ich bei der zweiten Empfehlung, die ich loswerden will. Das ist die Frage, was eigentlich die sozialpolitische oder die heimliche Überschrift für die Reformen der kommenden Jahre ist. Ich glaube, das, was Herr Clement hier eben beschrieben hat, diese Frage Bildung versus andere sozialpolitische Aufgabenfelder, Bildung und Familienpolitik als unterschätzte Felder der Sozialpolitik, ist ein Thema, wo wir bei der Frage der Erkenntnis ziemlich weit sind.

Dem stimmen alle zu, deshalb will ich dazu auch gar nicht viel sagen, weil ich glaube, da nicken sowieso die meisten. Bei der Umsetzung sind wir da noch nicht so weit.

Ich glaube, das Thema, das uns in den nächsten Jahren sowohl von der Erkenntnis als auch von der Umsetzung als Folgethema beschäftigen wird, ist die Frage: Politik ohne Geld – wie geht das eigentlich? Sie haben es hier angesprochen mit der Effizienz von Sozialleistungen. Ich verstehe Ihr Papier zu Änderungen bei den Zuverdiensten und der Ausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente auch als Beitrag dazu. Ich könnte dazu sehr viel sagen, wie man Sozialpolitik effizienter machen soll. Ich habe mich in den letzten Jahren unter anderem nicht nur als Journalistin, sondern auch in einer Kommission unter Leitung von Kurt Biedenkopf mit dem Thema Subsidiarität viel beschäftigt. Da haben wir, unter anderem auch mit Herrn Buschkowsky, viel darüber diskutiert, ob Subsidiarität ein Luxusthema für vornehme Vororte ist, wo die Leute sich selbstverständlich im Kirchenchor engagieren, oder ob so etwas auch in Neukölln funktioniert und wie es funktionieren könnte. Ich will da nur einen einzigen Punkt herausgreifen und in Richtung der FDP aussprechen. Uns erschien Anerkennung – Würde, hat Herr Schneider es genannt, ich will es nennen eine Kultur der Anerkennung für diejenigen, die sich im Moment im Sozialstaat abmühen – so ein Schlüsselbegriff zu sein. Wenn wir sozialpolitische Leistungen mit weniger Geld zustande bringen wollen, müssen wir wahrscheinlich denjenigen, die das vor Ort machen, mehr abverlangen als bisher. Und wir werden nicht alle von denen auf Dauer besser bezahlen können. Zum großen Teil sind das auch Leute, die in ihrem Job nicht extra viel hinzuverdienen. Diese ganzen Sozialarbeiter, Erzieherinnen, Lehrer unterschiedlichster Art usw. haben sich ja für ihre Berufe nicht in erster Linie aus finanziellen Gründen entschieden, aber umso mehr verdienen sie anerkennende Worte für das, was sie da machen – also das Gegenteil von Formulierungen wie „faule Säcke“. Ich glaube, dass das, was in der amerikanischen Sozialdebatte „respect“, also Anerkennung, genannt wird, eine große Rolle spielt. Und ich glaube auch, dass gerade die FDP da noch Nachholbedarf hat bei der Frage, wie sie ihr Vokabular, wie sie ihre Tonlage im Umgang mit diesen Berufsgruppen wählt.

Der dritte Punkt ist das Thema Familienpolitik. Ich habe mit großem Interesse gesehen, wie sehr die FDP sich dieses Thema zunehmend erschlossen hat – das ist jedenfalls mein Eindruck, zumindest mehr als früher. Herr Lindner, Sie sind ja auch einer derjenigen, die sich damit viel beschäftigt haben. Man sah im Wahlkampf immer diese Hüpfburgen für kleine Kinder neben den Podien. Das ist schon mal ein vielversprechender Anfang. Weiterführend meine ich, gerade der familienpolitische Bereich ist einer, bei dem, was ich vorhin genannt habe, die Intervention des Staates einerseits besonders ausgeprägt und, nach meinem Geschmack, auch besonders deplatziert ist. Wir haben da nun also vielfältige Lenkungswirkung oder Steuerungswirkung: vom Ehegatten-Splitting über die beitragsfreie Mitversicherung, bis hin zur Frage von Bedarfsgemeinschaften. Und wir haben die Vertreter der Arbeitsagenturen, die – irgendjemand sagte es eben schon – vor Ort dann nachgucken, ob im Zahnputzbecher ein oder zwei Zahnbürsten stehen usw., dadurch, dass die Gerichte jetzt ihre Rechtssprechung auch auf neue Familien ausrichten. Ich könnte da viele Geschichten aus dem bunten Leben erzählen – aber auf jeden Fall ist das ein Bereich, der mir besonders widerstrebt, wenn ich mich frage, ob der Staat wirklich ständig intervenieren sollte, wenn ich mich frage, in welchen Formen Menschen rein rechtlich ihr Familienleben gestalten. Diese ganze Debatte über Alleinerziehende, die sich in den Blättern auch in den vergangenen Wochen niedergeschlagen hat bei der Frage: Wer ist denn nun wirklich alleinerziehend? All das ist eine irgendwie deplatzierte und auch unwürdige Diskussion und es verträgt sich eigentlich auch nicht mit meinem Menschenbild. Und da sollten sich eigentlich auch bei jedem Liberalen erst recht die Nackenhaare sträuben bei der Art und Weise, wie der Staat da steuernd eingreift. Die Hartz-Gesetze haben auch dazu geführt, dass Menschen wegen der Krankenkassenbeiträge zusammenzie-

hen oder, um nicht als Bedarfsgemeinschaft zu gelten, auseinanderziehen. Und ich finde es auch viel romantischer, aus anderen Gründen als aus steuerrechtlichen mit jemandem zusammenzuleben.

Ich fand an Ihrem Papier deshalb auch unter anderem interessant, dass Sie das Thema Bedarfsgemeinschaften ja auch angesprochen haben und da eine Änderung vorgeschlagen haben. Ich frage mich, ob es denn so eine gute Idee ist, dieses meines Erachtens problematische Instrument des Splittings auch auf homosexuelle Partnerschaften auszuweiten, anstatt es zu beschränken. Vielleicht ist das auch ein Punkt, über den die FDP noch einmal nachdenken sollte. Herzlichen Dank.

### **Dr. Karen Horn**

Vielen Dank, Frau Niejahr. Wir machen weiter mit Herrn Buschkowsky. Herr Buschkowsky ist sicherlich allen bekannt als Bezirksbürgermeister von Neukölln, der er seit 2001 ist und auch in den 90er Jahren schon einmal war. Sie haben eigentlich eine Neuköllner Karriere als Stadtrat und als Bürgermeister in eben diesem Bezirk und Sie sind in dieser Debatte schon sehr früh eingestiegen auch gerade mit ihrer Kritik an gewissen Multikulti-Lebensmodellen und auch an der Einführung des Betreuungsgeldes. Wir sind gespannt, was sie uns heute sagen.

### **Heinz Buschkowsky**

Guten Tag, meine sehr geehrten Damen und Herren,

Sie haben eben gehört, dass ich als Neuköllner Bürgermeister durchaus bekannt geworden bin. Das ist der Beweis dafür, dass es in unserer Gesellschaft Aufstiegschancen gibt. Bevor ich zu dem Part komme, den ich mir ausgesucht habe für heute Nachmittag, habe ich mir natürlich die Frage gestellt beim Angesicht der vielen prominenten Namen, die mich umgeben: Was um Himmels Willen erwartet man von einem Neuköllner Dorfschulzen in dieser Runde mit der Pfründerperspektive? Ich habe mich dann auf so ein paar Daten da verständigt. Ich möchte aber ein, zwei Vorbemerkungen machen: die eine ist, dass ich glaube, dass ein Sozialsystem, wie immer es auch gestrickt ist, nie die Versicherung des durchschnittlichen Lebensstandards in einem Staat sein kann. Es kann immer nur die Existenzgrundlage für ein Leben in Menschenwürde sein. Ich glaube auch, dass ein Sozialsystem nur dann ein gutes ist, wenn es bezahlbar bleibt und es die Menschen befähigt, sich aus ihm zu befreien und nicht sich in ihm einzurichten, denn die Menschenwürde besteht zu einem großen Teil darin, aus eigener Fähigkeit sein Leben zu gestalten. Große Worte – aber ich will weitermachen mit einem Punkt, der mich vorhin hier ein bisschen angesprochen hat, nämlich der These, Integration in den Arbeitsmarkt sei in unserem Land für jeden möglich. Ich bestreite diese These. Ich bestreite sie energisch. Ich sage Ihnen auch, warum. Dort, wo ich herkomme, haben wir in den letzten 20 Jahren 20 000 Arbeitsplätze verloren, und zwar 20 000 Arbeitsplätze für minderqualifizierte Menschen, Schrauberarbeitsplätze wie man sie nennt, Bandarbeitsplätze. Alle diese Arbeitsplätze sind weg.

Wir haben aber Menschen angeworben mit Minderqualifikation für diese Arbeitsplätze, und jetzt passt die Arbeitskraft nicht mehr mit der Nachfrage des Arbeitsmarktes zusammen. Ein Großteil der Menschen im Sozialsystem hat keine Chance, wieder so in Arbeit zu kommen, wie sie es eigentlich mal gewohnt waren. Deswegen will ich mich eigentlich auch ein bisschen vor Frau Kraft werfen, auch wenn ihr das vielleicht peinlich ist. Mir kann niemand erklären,

niemand, warum der handwerklich Begabte, aber ansonsten beruflich nicht stark qualifizierte Mensch nicht das Faktotum einer Kindertagesstätte sein kann, um die Türklinke wieder anzuschrauben und die Toilettenbrille festzumachen. Warum kann niemand dem Hausmeister zur Hand gehen, um das Graffiti an den Wänden zu beseitigen? Und, und, und. Ich könnte diese Beispiele fortführen. Das Argument ist, dass damit auf dem ersten Arbeitsmarkt die Arbeitsplätze gefährdet werden, weil dann die niedergelassene Wirtschaft keine Aufträge erhält. Das ist eine Chimäre. Diese Aufträge werden auch sonst nicht erteilt, weil sie überhaupt nicht vorgesehen sind.

Ich denke, der Faktor „Zusätzlichkeit“ muss lauten: Zusätzlich ist das, was durch die Kommune oder die Stadt nicht mehr leistbar ist und nicht etatisiert ist. Das ist Zusätzlichkeit. Zusätzlichkeit kann nicht das nackte Theoriegemälde sein: Gibt es für diese Aufgabe einen privaten gewerblichen Anbieter? Es gibt für jede öffentliche Aufgabe einen privaten Anbieter – sagen Sie mir eine, wo es keinen gibt. Also da verrennt man sich. Es stellt sich die Frage, wie bekommen wir Menschen, die der Arbeitsmarkt nicht mehr abnimmt, wie bekommen wir Menschen in einen strukturierten Tagesablauf und in soziale Kontakte. Das geht für meine Begriffe in weiten Bereichen nur über den zweiten Arbeitsmarkt. Und dieser Wahrheit muss man sich irgendwann stellen. Aber ich möchte zurück zum Thema, das da lautet: Aufstiegschancen schaffen. Und da lande ich, wo auch andere Redner schon gelandet sind, natürlich bei den Kindern. Wenn wir Aufstiegschancen verbessern wollen, dann müssen wir im System etwas verändern, und zwar brauchen wir Paradigmenwechsel. Ich sage Ihnen auch, warum das aus meiner Sicht zwingend erforderlich ist.

Deutschland gibt mit drei Prozent des Bruttosozialprodukts das meiste Geld aller OSZE-Staaten für die Familienförderung aus. Bei der Nachhaltigkeit belegen wir den drittletzten Platz – nur Nordkorea und die Slowakei sind noch hinter uns. Aber die sollen sich warm anziehen: Wir sind unterwegs. Warum ist das so? Weil bei uns der Hauptteil in die monetäre Förderung der Familien fließt, nicht in die Infrastruktur und in die Dienstleistung der Kinder. Das ist in anderen Ländern anders. Da gehen etwa 50 Prozent des Fördervolumens in die Infrastruktur, bei uns sind es etwa 22 Prozent. Und da liegt für meine Begriffe auch der entscheidende Faktor. Wir müssen weg von der Geldpolitik. Wir müssen hin zur Bildungspolitik. Wir müssen weg von der Förderung der Eltern, hin zur Förderung der Kinder. Die Förderung der Eltern fußt ja auf der Unterstellung, dass alle Eltern mündig sind, gute Staatsbürger und dass sie bildungsaffin sind. Das ist aber nicht so. Die Zahl der erziehungsüberforderten Eltern steigt in Deutschland jährlich etwa mit einer Rate um 10 Prozent. Bei den Hilfen zur Erziehung, das sind unterhalb der Fremdunterbringung die Hilfen, um in den Tagesablauf der Familien hilfreich einzugreifen, inzwischen bundesweit bei 6,5 Milliarden Euro. Ich sage diese Zahl einfach nur, um einmal zu verdeutlichen, wie sich die Wirklichkeit in unseren Familien entwickelt.

Einige Familien entwickeln sich entgegen unserer bildungsbürgerlichen Auffassung. Das führt dann auch dazu, dass 25 Prozent unserer Kinder, also jedes vierte Kind, die Schule ausbildungsunfähig verlässt. 47 Prozent der Schulabgänger werden sogar als nicht ausbildungsreif, das ist die Vorstufe der Ausbildungsunfähigkeit, eingestuft und das führt dazu, dass 20 Prozent der Ausbildungsverträge wieder aufgelöst werden.

Ich sage Ihnen, ich nehme Sie ein bisschen mit in die Welt nach Neukölln. Dort, wo ich herkomme, ist es nur eine Frage des Straßenzuges, ob zwei Drittel oder drei Viertel der Kinder unter 14 Jahren sich im Hartz-IV-Bezug befinden. 90 Prozent der Eltern von Schülern in 90 Prozent der Schulen in der Innenstadt Neuköllns sind von der Zuzahlung bei den Lernmitteln befreit, das heißt, fast kein Elternteil geht einem geregelten Erwerbsleben nach. Die Kinder

kennen fast keinen mehr, der im Erwerbsleben steht. Erwerbsleben mit Höhen und Tiefen findet in der Sozialisation der Kinder überhaupt nicht statt. Wiederum 90 Prozent – ich vermute mal, das ist in Neukölln immer so, weil wir uns so wenig Zahlen merken können, nimmt man immer die gleichen – 90 Prozent der jungen Menschen im Jobcenter unter 25 Jahren sind nicht in den Arbeitsmarkt vermittelbar, ohne weitere Qualifikationen. Da können wir am Hartz-IV-Gesetz so viel basteln, wie wir wollen – wir werden diese Basisdaten nicht verhindern. Wo kommt dies her? 57 Prozent der Kinder, die bei uns die Schule verlassen, gehen ohne Abschluss oder nur mit dem einfachen Hauptschulabschluss. Sie wissen, was man mit dem einfachen Hauptschulabschluss heute für „attraktive“ Berufe erlernen kann. Es hat dort eine erhebliche Verschiebung stattgefunden. Und so lange wir diese Daten nicht ändern, so lange werden wir ein Sozialsystem haben, was weiter aufwächst. Wir haben in Neukölln die Situation, dass ein Drittel der Bevölkerung sich auf irgendeine Art im Sozialtransfer befindet. Die jungen Menschen, habe ich Ihnen soeben erklärt, werden dort für Kontinuität sorgen.

Ich bin der Auffassung, wenn wir nicht in die Bildungspolitik eingreifen, wenn wir dort nicht zu einem Paradigmenwechsel kommen, wird sich daran auch nichts ändern. Wozu es führt, kann ich Ihnen nur mit einem Datum sagen, das aber für sich allein spricht: Der Neuköllner Bezirkshaushalt wendet im Jahr 486 Millionen Euro für Sozial- und Transferausgaben auf. Sie können ja jetzt eine kleine Wette mit sich im Kopf machen: Straßen, wie viele Millionen wendet Neukölln auf für die Pflege seiner Straßen, Grünanlagen und Gebäude? Ich gebe Ihnen drei Sekunden Zeit, damit Sie sich auf eine Zahl im Inneren festlegen – das andere waren 486 Millionen, das sind 16 Millionen. Diese Diskrepanz – wir leben von der Substanz unseres Landes – wird sich irgendwann rächen. Es hat eine Parallele zur DDR, wo das Brot so lange subventioniert wurde, bis man es als Tierfutter verwendete, weil Tierfutter teurer war als Brot. Und ich glaube, dass wir hier zu Veränderungen kommen müssen. Ich will Ihnen da auch gern einen Vorschlag machen. Die Bundesrepublik wendet jährlich 35 Milliarden für Kindergeld auf. Stellen Sie sich mal vor, wir würden dieses Kindergeld halbieren: Wir gewännen ca. 17 bis 18 Milliarden Euro mit dem einfachen Durchschnitt – dass das so nicht geht, weiß ich auch, aber hier jetzt zur Darstellung: Für den einfachen Durchschnitt bedeutet das, dass jedes Bundesland jedes Jahr eine Milliarde Euro zusätzlich für die Investition in vorschulische Bildung, schulische Bildung oder die Infrastruktur für Kindergärten, Krippen und Horte zur Verfügung hätte. Jedes Jahr eine Milliarde Euro pro Bundesland. Dagegen sind die paar Millionchen zur Streichung der Kindergartenbeiträge in Berlin einfach nur Peanuts, wie man in Bankenkreisen sagen würde. Nach fünf Jahren, wenn man so etwas täte, was natürlich ein unglaublicher Mut wäre, hätte man die Bundesrepublik, die Bildungsrepublik, die sich die Kanzlerin wünscht. Das wäre ein solcher Vorgang. Das Sozialsystem muss sich lösen von der Alimentierung, es muss hin zur Aktivierung, auch der Kinder – im Übrigen auch in Sachleistungen, wobei ich nicht einen Gutschein meine, mit dem man dann zum Sportverein geht und sagt: Ich bin das Gutscheinkind, sondern da müsste man sich schon ein bisschen was Klügeres einfallen lassen. Soweit meine Anmerkungen zu diesem Thema.

Gestatten sie mir einen Wunsch: Es ist zwar noch etwas hin zu Weihnachten, denn es sitzen gerade so viele Menschen im Raum, die an der Neusortierung der Jobcenter arbeiten. Bitte, bitte tun Sie mir einen Gefallen: Es gibt viele wichtige Entscheidungen, aber denken Sie daran, auch diesen ganzen Bereich zu entbürokratisieren, und zwar nicht nur verbal, sondern in echt. Ich gebe Ihnen mal zwei Beispiele mit auf den Weg – denjenigen, die tatsächlich in den Arbeitsgruppen sitzen. Ich habe die Erwartung, dass Sie sie in sich einbrennen. Es sind ja nur zwei Beispiele, dass Sie sie nicht vergessen: Wenn in einer Bedarfsgemeinschaft von fünf Personen sich die Heizkostenvorauszahlung um 50 Euro verändert, führt dies zu einem Bescheid von 38 Seiten. Wenn sich in einer Bedarfsgemeinschaft von vier Personen zwei Leistungsansprüche verändern, führt dies zu einem Bescheid von 82 Seiten. Glauben Sie wirklich, dass

ein hoher Prozentsatz von „Kunden“ in Neukölln diese Bescheide liest? Nein. Sie brauchen sie auch nicht zu lesen, weil sie sie nicht verstehen.

### **Dr. Karen Horn**

Herzlichen Dank Herr Buschkowsky, Sie versteht man. Vielen Dank. Verstehen werden wir auch Herrn Sinn, der gerade von der Universität München hier eingetroffen ist. Herr Sinn hat sich in dieses Thema immer wieder gerne auch eingemischt und kürzlich die Forderung aufgestellt, man brauche gestaffelte Hartz-IV-Sätze. Ich bin gespannt ob Sie uns das heute näher erklären. Sie nehmen auch gerne eine beidseitige Position ein – einerseits die Position der Empfänger: Was ist da besser zu machen? Auf der anderen Seite die Position derer, die die Leistung finanzieren. Herr Sinn ist seit 1999 Präsident des Wirtschaftsinstituts ifo in München. In München sind Sie an der Universität Inhaber des Lehrstuhls für nationale Ökonomie und Finanzwissenschaft, und das seit 1984.

### **Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Werner Sinn**

Vielen Dank Frau Horn, meine Damen und Herren, Herrn Buschowsky kann ich voll und ganz beipflichten, alles was er gesagt hat finde ich richtig, ohne jede Einschränkung. Nur eine Ergänzung. Wir geben das meiste Geld für die Familienförderung aus, haben aber die niedrigste Zahl von Kindern, was wenig bekannt ist. Mit 8,2 Kindern pro 1000 Einwohner liegt Deutschland in der Statistik einsam am allerletzten Ende.

Nun ist das aber nicht das Thema. Das Thema ist vielmehr was wir mit den Kindern machen und den Menschen, die wir haben. Und da ist der Königsweg und da sind wir ja vielleicht weitgehend einer Meinung, dass man in die Bildung investiert. Deutschlands Bildungssystem funktioniert nicht, die Pisa Ergebnisse sind klar, es gibt ein miserables durchschnittliches Qualitätsniveau, welches gerade OECD-Durchschnitt ist und die Streubreite zwischen den besser ausgebildeten Schülern und den schlechter ausgebildeten Schülern ist bei uns fast die höchste weltweit, so groß jedenfalls wie in den Vereinigten Staaten von Amerika.

Pisa sagt, OECD sagt, Deutschland war außer Stande die türkischen Kinder zu integrieren, wir haben es einfach nicht geschafft. Das 3-Klassen-Schulsystem aus dem 19. Jahrhundert ist nach wie vor existent, eine Schule für das Volk, für die Mittelschicht und für die Oberschicht. Die Türken müssen eben in die Schule für die Unterschicht, dass ist was wir gemacht haben war die reinste Katastrophe. Uns ist es nicht gelungen diese Menschen zu integrieren, die Spaltung der Gesellschaft wird auf Dauer zementiert durch das drei gliedrige Schulsystem. Dieses drei gliedrige Schulsystem gehört abgeschafft. Wir müssen neu anfangen zu denken. Das ist die Position des IFO Institutes seit vielen Jahren und wir fordern mit Nachdruck die Politik auf, sich hier von ideologischen Begrenzungen des Denkens frei zu machen. So dann brauchen wir natürlich ein Ganztagschulsystem, wie es fast alle Länder dieser Erde haben, gerade die Kinder aus der Unterschicht haben dann die Chancen, die sie brauchen. Wir brauchen auch die vorschulische Erziehung, die „ecole maternel“, die die Franzosen haben. 99 Prozent der Kinder gehen in Frankreich in die Vorschule und können praktisch lesen und schreiben, wenn die schon sechs Jahre sind, das können wir nie wieder aufholen.

Ein solches Schulsystem macht es auch den Frauen leichter den Kinderwunsch mit der Berufstätigkeit zu verbinden. So dass von daher auch günstige Effekte zu erwarten sind. Das alles ist überfällig. Aber alles was wir bei der Bildung tun ist auf die Zukunft gerichtet und wir haben auch hier das Problem und bis ein neues Bildungssystem die Früchte für die Dynami-

sierung und Verbesserung der Gesellschaft zeigt, vergehen Jahrzehnte. Vorher muss man eine Lösung für den Arbeitsmarkt haben. Deutschland hat bereits eine Kehrtwende gemacht mit der Agenda 2010. Vorher hatten wir eine verhängnisvolle Entwicklung die 1970 anfang und dann über die Jahrzehnte hinweg uns immer mehr Arbeitslosigkeit gebracht hat. Wirtschaftsboom geht die Arbeitslosigkeit runter, in der Flaute geht sie wieder rauf, aber sie geht im Boom nie so weit runter oder ging nie soweit runter, wie sie vorher raufging. Die Sockelarbeitslosigkeit die im Wirtschaftsboom noch da ist stieg von Flaute zu Flaute in Westdeutschland um 800.000. Bis die Agenda 2010 kam, die hat eine fundamentale Kehrtwende bedeutet: Wir haben erstmals im letzten Boom 200.000 weniger Arbeitslose gehabt als im Boom davor, wir haben sonst immer 800.000 mehr gehabt. Das heißt also die Agenda hat uns 1 Millionen Jobs über das hinaus gebracht was der Konjunkturaufschwung normalerweise produziert hätte. Ein riesiger Erfolg, warum kam das zustande? Nun weil der implizierte Mindestlohn, der in diesem alten Sozialsystem steckte reduziert wurde. Es gab weniger Geld fürs Wegbleiben und mehr fürs Mitmachen. Wir haben 1,4 Millionen Lohnzuschuss-Bezieher in Deutschland heute, die von den Linken fälschlicherweise als Aufstocker bezeichnet werden, so als würde aufgestockt bis Hartz IV. Davon kann ja nicht die Rede sein, sondern es sind echte die über Hartz IV hinausführen. Und diese Lohnzuschüsse haben zusammen mit den Lohnzuschüssen die wir jetzt auch im Zuge des Kurzarbeitergeldes zahlen in Deutschland, in dieser Krise ein weiteres Wunder bewirkt. Die ganze Welt ist in der Arbeitslosigkeit, in Deutschland findet sie nicht statt, jedenfalls steigt sie nicht, wie es für diese Krise zu erwarten gewesen wäre. Lohnzuschüsse sind das Thema: Nur so funktioniert es die Menschen, die mit ihren eigenen Händen arbeiten und nicht in der Lage sind ein Einkommen zu schaffen von dem sie leben können muss man helfen, aber man kann ihnen nicht helfen durch Lohnersatzleitungen, man kann ihnen nicht helfen durch Mindestlohnregelungen, dadurch macht man die Jobs kaputt, die eigentlich wir für sie brauchen, sondern man kann ihnen nur durch Lohnzuschüsse helfen.

Lohnzuschüsse machen die Löhne flexibler, führen zu einer Lohnsenkung, wegen der fallenden Löhne für einfache Arbeit gibt es mehr Jobs und die fallenden Löhne sind nicht fallende Einkommen, weil ja die Zuschüsse oben drauf kommen. Die Trennung der Lohnkosten von den Einkommen ist die einzige Strategie um in der globalisierten Wirtschaft mit der wachsenden Niedriglohnkonkurrenz weltweit zu Recht zu kommen.

Das IFO Institut hat früh, schon im Jahre 2002 seine Vorschläge zur aktivierenden Sozialhilfe vorgelegt. Diese Vorschläge sind eingeflossen in die Vorschläge der Hartz- Kommission und im Sommer des Jahres in die Vorschläge des Sachverständigen Rates. Einiges ist in die Agenda eingeflossen, aber nicht alles. Ich glaube der Weg der hier begonnen wurde muss konsequent weiter gegangen werden. Wir müssen die Hinzuverdienstmöglichkeiten im Hartz IV System dramatisch verbessern, so dass also Netto mehr übrig bleibt, wenn man selber mehr verdient und wir müssen kommunale Beschäftigungsmöglichkeiten flächendeckend schaffen.

Das sind die Vorschläge des IFO: Flächendeckende Beschäftigungsmöglichkeiten. Kommunen müssen verpflichtet werden, gegen Strafe wenn sie es nicht tun für jeden, aber auch jeden arbeitslosen Hartz IV Empfänger einen Job zur Verfügung zu stellen und auf diesen Job wird ein Lohn gezahlt, der heute das Hartz IV Einkommen ist. Die Idee mit den Ein Euro Jobs, Herr Clement, ist von der Sache richtig, die Semantik war falsch. Die Semantik war falsch, weil sie suggeriert, hier müsste man für einen Euro arbeiten. Die Gesellschaft kann eine Gegenleistung erwarten für das Einkommen, das sie zur Existenzminimumssicherung zur Verfügung stellt, das Hartz IV Einkommen muss zu einem Lohn werden, ein Lohn mindestens für kommunale Arbeit und zwar eine Volltagsarbeit. Wer dieses Angebot der kommunalen Arbeit nicht annehmen möchte, niemand ist verpflichtet das anzunehmen, es geht hier nicht um Arbeitspflicht, der freilich muss sich dem jetzigen gesetzlichen System stellen, welches eine Kürzung

der Leistungen impliziert. Dreißig Prozent bei der ersten Verweigerung, sechzig bei der zweiten, hundert Prozent des Eck-Regelsatzes bei der dritten ist die heutige Gesetzlage und daran sollte auch nichts geändert werden. Es sollte nicht verschärft werden, aber auch nicht aufgeweicht werden. Was machen die Kommunen? Sie können sie zum einen bei sich selber beschäftigen, Herr Buschowsky hat darauf hingewiesen, dass es eine ganze Reihe von sinnvollen Tätigkeiten gibt, die auch gar nicht im Konflikt mit der Privatwirtschaft stehen, zum anderen sollen sie sie aber unter Verwendung von Zeitarbeitsfirmen in die Privatwirtschaft zurückschleusen können. Die Kommunen können Kontrakte machen mit Zeitarbeitsfirmen und dann die ihnen anvertrauten Arbeitskräfte auf dem Wege über diese Zeitarbeitsfirmen zu Honorar setzen, die frei verhandelbar sind und nichts mit dem Einkommen der Leute zu tun haben und damit in die Privatwirtschaft sozusagen überführen.

Das wäre ein Programm vor dem auch die private Wirtschaft keine Angst haben müsste. Die Handwerker, die ja immer Angst haben vor kommunaler Beschäftigung, die kann man hier absolut beruhigen, denn erstens würde dieses Programm kein Geld kosten, weil das Hartz IV Einkommen ja sowieso gezahlt wird als Lohn, so dass den Kommunen das gleiche Geld übrig bleibt wie heute um den Handwerker für irgendwelche Dinge zu beauftragen da gibt es keinerlei Verdrängung. Zweitens wäre es natürlich so, dass das Handwerk profitieren würde, weil den ehemaligen Schwarzarbeitern jetzt die Zeit fehlt, so dass die Kunden der Schwarzarbeiter sich jetzt an das Handwerk wenden würden und das Handwerk kann nun eben tatsächlich über die Zeitarbeitsfirmen auch diese Arbeitskräfte bei sich einstellen. So dass, wenn man so will, das auch ein Programm wäre zur Integration manches ehemaligen Schwarzarbeiters in die private Wirtschaft.

Also es ist das Gegenteil von einem Programm, welches das Handwerk schädigen würde.

Zusätzlich ist es wichtig, aber dass die Hinzuverdienstmöglichkeiten in der Privatwirtschaft verbessert werden. Wir wollen das 500 Euro tatsächlich frei sind, ohne dass es einen Hinzuverdienst gibt und das danach die Hinzuverdienstgrenze reduziert wird, die liegt jetzt zwischen 80 und 90 Prozent und soll auf 70 Prozent reduziert werden, mehr wäre wünschbar, ist aber teuer. Unser Vorschlag ist kostenneutral ausgerechnet, so dass der Staat hier kein zusätzliches Geld in die Hand nehmen muss und er ist so austariert, dass im Übrigen es immer attraktiver bleibt in die Privatwirtschaft zu gehen. Er ist so austariert, dass man bei einer Halbtags­tätigkeit in der Privatwirtschaft zu einem üblichen Niedriglohn bereits soviel verdient, wie bei der Kommune wenn man den ganzen Tag tätig ist. So dass also nicht hier falsche Anreize entstehen die kommunalen Jobs zu nehmen.

Dieses ist ein System, welches 100 Prozent sicher stellt, dass niemand, aber auch niemand in seinem Einkommen unter das heutige Hartz IV Niveau rutschen kann, der bereit ist zu arbeiten. Aber er muss natürlich bereit sein zu arbeiten, wer sich dagegen entscheidet, der muss die heute schon gültigen Kürzungen dann in Kauf nehmen. Die Devise dieses Programms ist, wer arbeiten will, muss arbeiten können und dann genug zum Leben haben. Nur durch ein Programm dieser Art lässt sich diese Devise realisieren.

Vielen Dank.

**Dr. Karen Horn**

Herzlichen Dank Herr Sinn!

Herr Kober, darf ich sie bitten? Herr Kober ist neu im Bundestag, ist Mitglied im Bundestagsausschuss für Arbeit und Soziales. Er ist im Alltagsberuf ansonsten Pfarrer im Schuldienst an einer Schule in Calw und ist evangelischer Theologe. Darf ich sie bitten.

## **Pascal Kober**

Vielen Dank Frau Horn. Meine sehr geehrten Damen und Herren.

Ich möchte noch einmal den Blick richten auf einen konkreten Vorschlag in unserem Papier und an einem konkreten Beispiel, den Geiste den dieses Papiers atmet, deutlich machen. Ein kleiner Aspekt sind die Kosten der Unterkunft und der Heizung. Hier streben wir eine Vereinfachung der bisherigen Regelung an. Sie haben es gerade in dem Beispiel von Herrn Buschkowsky gehört, eine kleine Veränderung im bisherigen System kann zu einem Bescheid von 32 Seiten führen. Hier brauchen wir dringend eine Vereinfachung. Nach der bisherigen Rechtslage §22 Absatz 1 SGB 2 übernimmt der Leistungsträger, dass ist in dem Fall der tatsächlichen Kosten der Unterkunft und Heizung die Kommune, soweit diese angemessen sind. Was aber angemessen ist, ist aber rechtssicher nicht feststellbar und deshalb sind die Kosten der Unterkunft und Heizung ein Grund für die Hauptursachen für die große Anzahl von Klagen an den Sozialgerichten. Alleine deshalb wäre es schon erstrebenswert eine Regelung zu finden, die weit weniger konfliktträchtig ist.

Wir wollen am Grund eine Veränderung. Die bisherige Regelung versorgt zwar die Menschen, aber schränkt sogleich auch ihre Entscheidungsfähigkeit ein und nimmt sie in ihrer Fähigkeit zur Eigenverantwortung nicht ernst. Statt der bisherigen Regelung streben wir deshalb in unserem Papier eine Pauschalierung der Kosten für Unterkunft und Heizung an, die dann als Festbetrag den Berechtigten ausbezahlt wird. Die Berechnungen dieses pauschalen Festbetrages werden regionale Unterschiede des Wohnungsmarktes natürlich berücksichtigen. Wir würden uns dabei an dem bereits bestehenden System des Wohngeldes orientieren, das bereits heute regional nach sechs Mietstufen gestaffelt ist und regelmäßig angepasst wird. Durch die Pauschalierung der Kosten der Unterkunft und Heizung wollen wir, dass ist der Anspruch dieses Gedankens, die Menschen in ihrer Verantwortlichkeit und Verantwortungsfähigkeit in ihrer eigenen Lebensführung ernster nehmen als es die bisherige rechtliche Regelung tut. Das bisherige System belässt den Berechtigten kaum Spielraum für eigene Entscheidungen über die Lebensführung im Bereich des Wohnens und verlangt ihnen aber auch kaum Verantwortung, beispielsweise der Wirtschaftlichkeit in diesem Bereich des Lebens ab. Das wollen wir ändern.

Ein anderem Thema, dem wir uns in diesem Papier stellen, ein sensibles Thema und in der öffentlichen Debatte kontrovers diskutiert, ist die Frage der Sanktionen für Leistungsbezieher des ALGII nach §31 SGB 2. In unserem Paper gehen wir über die bestehenden rechtlichen Regelungen nicht hinaus. Diese sehen vor, dass Hilfebedürftigen die Leistungen des ALGII und auch die Leistungen für Unterkunft und Heizung um 30%, in extremen Fällen sogar in Stufen befristet bis um 100%, gekürzt werden können. Wenn der Hilfebedürftige z.B. zumutbare Arbeit oder eine Ausbildung oder eine Arbeitsgelegenheit oder eine Kooperation mit den Leistungsträgern anderer Weise ablehnt. Das ist ein sensibles Thema bei dem aber in unserem Papier klar ist und nach unser Auffassung auch klar sein muss: Arbeitslosengeld II-Empfänger sind kein Arbeitsheer, keine billigen Arbeitskräften für die in der Gesellschaft unvollendete, liegengeliebene Arbeit. Das wird nach unserer Auffassung dem einzelnen nicht gerecht, aber es wird auch in gleicher Weise der Idee einer freiheitlichen Gesellschaft nicht gerecht, dass anders zu sehen. Richtig ist und bleibt: Wir erwarten die Kooperation der Hilfeempfänger.

Insofern bleibt für die Aussage „Keine Leistung ohne Gegenleistung“ ohne Abstriche in Geltung. Aber andererseits ist für uns auch klar, dass und so haben wir es in dem Papier zum Ausdruck gebracht, jede angebotene Maßnahme die bei Ablehnung zur Kürzung der Leistungen führen könnte, der Befähigung der Qualifikation des Betroffenen und seiner Integration in den ersten Arbeitsmarkt dienen muss.

Da Herr Buschkowsky unterscheiden wir uns. Was sie beschrieben haben mag die empirische Wirklichkeit sein, schlimm genug. Aber in einer freiheitlichen Bürgergesellschaft darf die empirische Wirklichkeit nicht zur normativen Wirklichkeit werden. Wir dürfen nicht sagen „Du nicht mehr. Du nie wieder.“

Nehmen wir die Frage nach der Lösung. Die Lösung könnte sein und nach unser Vorstellung ist sie es auch: Das Bürgergeld. Indem die geringere Produktivität des Einzelnen auch im ersten Arbeitsmarkt rentabel sein kann. Nehmen wir das Beispiel Schneeschneiden: Ja, aber nicht weil zu viel Schnee liegt. Jeder der sich ein bisschen auskennt wird bestätigen, dass es ein Personenkreis gibt für den Schneeschneiden und vor allem die damit verbundenen positiven Begleiterscheinungen [eine Qualifizierung bedeuten], also z.B. die Anforderungen an die Pünktlichkeit, an das eigene Durchhaltevermögen, die sozialen Kontakte die damit einhergehen, das Erfolgsergebnis. All das kann zweifelsohne für einen bestimmten Personenkreis eine Qualifizierung bedeuten. Arbeitsgelegenheiten, 1-Euro-Jobs sind dann gerechtfertigt, wenn sie die Betroffenen weiterbringen. Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit.

### **Dr. Karen Horn**

Vielen Dank!

Herr Schneider, der Zweite, bitte. Herr Schneider ist Direktor für Arbeitsmarktpolitik beim Institut zur Zukunft der Arbeit, dem IZA und außerdem auch seit 2002 Research Affiliate des deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, des DIW hier in Berlin. Ich darf Sie bitten.

### **Dr. Hilmar Schneider**

Vielen Dank Frau Horn. Meine Damen und Herren, ich würde gerne nahtlos an das anknüpfen, was gerade meine beiden Vorredner thematisiert haben, nämlich das Prinzip: Keine Leistung ohne Gegenleistung. Wie es auch Gegenstand des Thesenpapiers ist und an dem im Grunde die Debatte, die wir heute führen, ihren Ausgangspunkt genommen hat. Ich möchte vieles von dem, was gerade gesagt worden ist, bekräftigen, aber es gibt einen Punkt, da sehe ich allerdings auch einen Widerspruch, über den wir diskutieren müssen. Zunächst einmal möchte ich feststellen: Das Prinzip von Leistung und Gegenleistung ist nicht nur ökonomisch sinnvoll, es ist auch sozial gerecht. Wenn wir heute noch mal vor die Wahl gestellt würden, wie wir unser soziales Sicherungssystem ausrichten sollen, würden wir wahrscheinlich niemals auf die Idee kommen, es so zu bauen wie es im Augenblick aussieht, sondern wir würden es ganz selbstverständlich auf den Prinzip Leistung und Gegenleistung aufbauen. Warum funktioniert das? Warum ist das wichtig dieses Prinzip von Leistung und Gegenleistung zu haben? Es ist deswegen wichtig, weil wir es mit einer ganz bestimmten Problematik zutun haben.

Die heutige Massenarbeitslosigkeit ist nämlich in erster Linie ein Problem von Menschen mit geringer Bildung. Und nicht immer lassen sich die Ursachen für deren Probleme mit mehr Bildung lösen. Wir müssen akzeptieren, dass es Menschen gibt, denen man mit mehr Bildung

nicht helfen kann. Wenn man es kann, soll man es natürlich tun. Aber was machen wir mit denen, bei denen man da nichts tun kann?

Ein Bildungssystem, das dem strukturellen Wandel gerecht wird und die Menschen dazu befähigt dem Wandel zu folgen ist natürlich unerlässlich. Da müssen wir alles tun, was dafür notwendig ist. Herr Sinn hat dazu eine Menge gesagt. Aber wenn wir auf Vollbeschäftigung setzen, und dieses Ziel dürfen wir nicht aus dem Auge verlieren, dann müssen wir gleichzeitig auch eine Antwort finden für das Problem: Was machen wir mit den Menschen, denen wir mit Bildung nicht helfen können? Und da kommen wir um eine stärkere Erschließung des Niedriglohnssektors nicht umhin. Und damit ist nicht gemeint, dass das Lohnniveau allgemein sinken muss. Für mich jedenfalls nicht. Für mich ist vielmehr gemeint, dass es für Menschen mit geringer Bildung einen Anreiz geben muss, die Jobs anzunehmen, die der Markt für sie bereit hält. Das sind zugegebenermaßen Löhne, die keine großen Sprünge erlauben, aber es sind Löhne, die es gestatten, seine Existenz aus eigener Kraft zu sichern. Und es ist zumutbar, dass Menschen, die ihre Existenz aus eigener Kraft sicher können, das auch tun. Und dafür sorgt das Prinzip, dass jemand, der von der Solidargemeinschaft unterstützt wird, dafür im Rahmen seiner Möglichkeiten eine Gegenleistung erbringt. Man nennt dieses Prinzip auch Workfare. Und der ökonomische Effekt ist, dass man einfach starke Anreize schafft gering entlohnte Tätigkeiten anzunehmen, für Menschen, deren Qualifikation nicht ausreicht, um am Markt einen hinreichend hohen Stundenlohn zu erzielen.

Und jetzt komme ich zu dem Widerspruch: Workfare kommt ohne Abstriche bei dem Niveau der Grundsicherung aus und sorgt für höhere Einkommen. Wer mit einfacher Arbeit mehr verdienen kann, als in der Grundsicherung, der hat allen Anreiz das zu tun. Es ist kein Skandal, wenn Menschen für niedrige Löhne arbeiten. Ein Skandal ist es vielmehr, dass Niedriglöhne zum Skandal ausgerufen werden, obwohl es den Betroffenen, die ansonsten in der Transferabhängigkeit verbleiben würden, damit besser geht als in der Grundsicherung. Aber damit dieses Prinzip funktioniert, dieses Prinzip von Leistung und Gegenleistung, darf es nicht mit Kombilohnelementen verknüpft werden. Und da kommt der Widerspruch zu dem Papier, den ich angedeutet habe, denn das würde dazu führen, dass diejenigen, von denen eine Gegenleistung verlangt wird einen großen Anreiz haben in die subventionierte Teilzeitarbeit zu gehen, statt sich eine unsubventionierte Vollzeitarbeit zu suchen. Das heißt, wenn wir den Kombilohn mit dem Prinzip von Leistung und Gegenleistung verknüpfen, machen wir automatisch das kaputt, was wir eigentlich wollen.

Wir wollen, dass die Menschen aus eigener Kraft ihre Existenz mit unsubventionierter Vollzeittätigkeit sichern. Und wir sorgen dafür, dass sie sich in subventionierter Teilzeitarbeit einrichten. Das gilt auch für den Vorschlag des hier vorgelegten Thesenpapiers. Wir haben es übrigens auch einmal durchgerechnet. Wir haben so ein Simulationsmodell, mit dem wir dazu Berechnungen anstellen können. Der Effekt ist nicht wahnsinnig groß. Also der Beschäftigungseffekt, den man insgesamt erzielen könnte, bewegt sich in einer Größenordnung, die mikroskopisch genannt werden muss. Es gibt leichte fiskalische Einsparungen, die man damit erzielen kann. Aber im Großen und Ganzen ist das das Schrauben an den ganz kleinen Schraubchen. Das ist nicht das, was wir brauchen. Workfare, dieses Prinzip von Leistung und Gegenleistung, schafft ohne zusätzlichen Subventionsbedarf größtmöglichen Anreiz zur Ausübung einer Vollzeitarbeit im ersten Arbeitsmarkt und darum geht es.

Workfare macht aus Leistungsbeziehern Steuer- und Beitragszahler, sorgt damit ganz nebenbei für eine Entlastung der öffentlichen Haushalte, obwohl es gar nicht in erster Linie darum gehen sollte, und schafft damit aber auch Spielraum für Zukunftsinvestitionen. Und darüber hinaus verhindert Workfare, dass Unternehmen niedrige Löhne zu Lasten des Sozialstaats

durchsetzen können. Das ist ein Problem von Kombilöhnen, das wir heute auch sehr schön beobachten können. Das hat zum Teil ganz perverse Züge, wenn also die Bundesagentur für Arbeit inzwischen Hilfebezieher dazu zwingt, Jobs für 3, 30 Euro auszuüben, also für weniger, als ihnen in der Grundsicherung zusteht, dann mag das ein Hinweis darauf sein, wie verzweifelt die Sacharbeiter in den Agenturen sind. Aber das ist sicher nicht der richtige Weg.

Menschen sind nicht arm trotz Arbeit, sondern sie werden durch das bislang bestehende System in die Armut gezwungen. Ein willkommener Nebeneffekt von Workfare, Herr Sinn hat das auch schon gesagt, besteht in einem Beitrag zur Bekämpfung der Schwarzarbeit. Wer seine Zeit mit der Erbringung einer Gegenleistung erbringen muss, weil das eben notwendig ist, um die staatliche Unterstützung zu bekommen, kann nicht gleichzeitig schwarzarbeiten. Wer trotzdem dann lieber schwarzarbeitet, da hätte ich dann auch nichts dagegen. Der kann dann zumindest nicht mehr auf die Subventionierung durch die Schwarzarbeit bauen.

Workfare ist sozial gerecht. Statt Bedürftige auszugrenzen wird ihnen signalisiert: Ihr werdet gebraucht. Statt Bedürftigkeit zu erzeugen wird Eigenständigkeit gefördert. Und, lassen sie mich das abschließend noch sagen, die dafür notwendige Arbeit ist im Überfluss vorhanden.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

### **Heinz Lanfermann**

Ja, vielen Dank Frau Dr. Horn. In der Tat, ich komme aus der Juristerei und habe jetzt das ein oder andere Sozialfeld auch mal bearbeitet. Und weil heute schon sehr viel die Rede war Aufstiegschancen zu schaffen - da war viel von Bildung und noch viel mehr von Arbeit und Arbeitsmarkt die Rede - gehe ich jetzt mal auf den zweiten Teil: Effizienz steigern. Ich erlaube mir in dieser mutig langen Liste von Kurzstatements zu einem kleinen Perspektivwechsel beizutragen.

Zur Effizienz gehört natürlich einmal ein grundsätzliches Problem, was mich seit langem bewegt und was mich wahrscheinlich auch noch lange bewegen wird. Das ist natürlich die Kompliziertheit, die Bürokratie. Und Sozialstaat ist ja bei uns in viele Buchstaben gegossen, wenn sie sich das Sozialgesetzbuch anschauen in all seinen einzelnen Teilen. Es ist somit das Schrecklichste, was wir neben der Steuergesetzgebung, produziert haben in Deutschland. Und es hat im Übrigen auch denselben Effekt, Frau Niejahr hat ja auch schon darauf hingewiesen. Eigentlich weiß ja jeder, dass Unternehmen ihre Entscheidungen nach vernünftigen Kalkulationsgesichtspunkten treffen sollten, weil das das Vernünftigste eben wäre. Sie tun es aber oft nach steuerlichen Gesichtspunkten, weil es ihnen einfach zum Teil so aufgedrückt wird. Und, Sie haben das Beispiel genannt, auch einzelne Menschen, Bürger neigen dann dazu nach Steuergesetzen oder auch nach Sozialgesetzen ihr Verhalten auszurichten und ich glaube, auch das ist am Ende nicht vernünftig, weder für sie selbst noch für die Gesellschaft. Und mein größter Wunsch wäre, um auch mal an uns selbst zu appellieren und alle, die mithelfen können, dass wir da versuchen das ganze doch auch mal etwas einfacher zu gestalten.

Zweiter Grundfehler in Deutschland ist natürlich auch, dass diese unglaubliche Suche nach der vollendeten Gerechtigkeit immer wieder dazu führt, dass man die an allen möglichen Stellen der Gesellschaft verwirklichen will. Dementsprechend sind natürlich auch unsere Gesetze, unsere Sozialsysteme im Grunde ausgebildet. Das liegt daran, dass wir eigentlich ein perfektes System haben - es ist nicht neu, das gibt es schon seit langer, langer Zeit - sozialen Aus-

gleich herbei zu führen, wie immer man den gestalten will, wie groß er immer sein soll. Dafür gibt es Gesetze und dafür gibt es Wahlen, um die Parteien zu unterstützen, denen man zu- traut, das am Besten zu machen. Das ist und bleibt das Steuersystem. Und wir haben es al- lerdings geschafft in vielen Bereichen das Steuersystem zu umringen, auch noch mit anderen sozialen Ausgleichssystemen. Und meine größte Überraschung eigentlich auf dem Gebiet war, als ich feststellte, wie viele Stufen – ich weiß nicht, ob es jetzt weniger sind – das waren mal über 40 Stufen. Es gibt in Berlin zur Berechnung der Kita-Beiträge, je nachdem wie die soziale Situation der einzelnen Eltern oder Alleinerziehenden ist, die Kinder in eine Kita schik- ken, ein verrücktes System, was Geld kostet, was bürokratisch ist, am besten wäre es natür- lich, sie würden gar nichts kosten, das ist klar. Dass man es so differenziert – alles überflüs- sig.

Und dann darf ich damit den Blick lenken auf ein Feld, nämlich die Gesundheitspolitik, weil auch die wichtig ist für die Frage der Effizienz. Und Frau Niejahr hat ja gesagt, man sucht mu- tige Politiker und im Augenblick gibt es gar keine mutigeren Politiker - auch in der FDP - als in der Gesundheitspolitik. Und da haben wir auch ein Beispiel dafür, dass wir natürlich, über- kommen aus historischen Gründen, in einem System leben, wo man sagt: Gerecht ist nur das, was wir haben, zum Beispiel in der gesetzlichen Krankenversicherung. Weil da die Beiträge ja sozial gestaffelt sind, weil sie halt als Prozentansatz vom Lohn, vom Gehalt erhoben werden. Und da darf ich einfach an dieser Stelle kurz appellieren. Erstens: Glauben sie es nicht, denn es stimmt nicht. Es stimmt auch nicht zwischen dem Gutverdiener und dem Weniger-Gut- Verdienenden, weil die Prozentberechnung spätestens dann nicht mehr stimmt, wenn jemand die Beitragsbemessungsgrenze übersteigt, so ist das System angelegt. Und dass, wenn ein Ehepaar jeweils knapp unter dieser Beitragsbemessungsgrenze Geld verdient, dann beide praktisch den Höchstbeitrag zahlen, dann zahlen sie viel mehr Beitrag als der alleinverdienende Ehemann, der entsprechend knapp darüber liegt oder doppelt verdient oder dreifach. Das alles ist nicht gerecht und wir versuchen das rüberzubringen, obwohl man zugeben muss, dass dies eine harte Aufgabe ist.

Und deswegen versuchen wir mit einem neuen System, dass wir schrittweise einführen wol- len auch dem nachzukommen, was Herr Sinn hier gesagt hat. In Zukunft werden wir unsere Sozialsysteme auch in Fragen der Gesundheit, das gilt erst recht für die Pflege, nicht mehr aufrecht erhalten können. Ich will bei diesem Gesichtspunkt auch noch einmal hinweisen: Die demografische Entwicklung ist ein ganz wichtiger Faktor, der in diesen Gedanken mit aufge- nommen werden muss. Wir müssen auch aus den Gründen, die Sie genannt haben, Herr Pro- fessor Sinn, natürlich von der Lohnkostenabhängigkeit unserer Sozialbeiträge weg kommen. Das man das alles vernünftig auch sozial gestalten kann, auch im sozialen Ausgleich, kann man zum Beispiel, auch wenn wir das nicht eins zu eins übernehmen können, an dem Ge- sundheitssystem in den Niederlanden sehen, wo man den Arbeitnehmerbeitrag umgestaltet hat. Und weder ist das Land in der Nordsee versunken, noch hat es soziale Unruhen gegeben. Und ich denke so wird es bei uns auch sein.

Das war mal mein kleiner Beitrag, ein bisschen auch von einer anderen Seite der Sozialpolitik. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und hoffe, ich habe die Zeit eingehalten.

**Dr. Karen Horn**

Vielen herzlichen Dank Herr Lanfermann!

Jetzt möchte ich Herrn Mitschke bitten. Herr Mitschke ist sozusagen der Ideengeber des FDP-Bürgergeldes, der ein Buch einmal geschrieben hat das hieß Steuer- und Transferordnung aus einem Guss in dem dieses Modell eigentlich sehr präzise umrissen ist. Er ist emeritierter Professor für Volks- und Betriebswirtschaftslehre der Universität Frankfurt. Sie haben in Saarbrücken studiert und ihrem Studium und ihrer akademischen Karriere ging eine längere Zeit in der Finanzverwaltung voraus in der Bayerischen was vielleicht auch ihren besonderen Zugang zu dem gesamten Komplex erklärt. Darf ich sie bitten.

### **Prof. Dr. Joachim Mitschke**

Ja, vielen Dank Frau Horn. Ich werde mich recht eng an mein Skript hier halten aus Gründen der Selbstdisziplinierung. Nach einem alten akademischen Witz darf man über alles reden, aber nicht über zehn Minuten. Eine Binsenweisheit besagt dass die beste Sozialpolitik eine erfolgreiche Beschäftigungspolitik ist. Selbstredend erschöpft sich Sozialpolitik natürlich nicht allein in Beschäftigungspolitik, gleichwohl sind die Adressaten von Sozialpolitik vorrangig Bürger, die aus Gründen eines zu geringen oder zu hohen Lebensalters, wegen Behinderung, chronischer Krankheit, Schwangerschaft, Ausbildungsdefiziten oder den Pflichten verantwortlicher Betreuung am monetären Wertschöpfungsprozess der Gesellschaft nicht oder nur ungenügend teilnehmen können. Sie stehen dem regulären Arbeitsmarkt nicht oder nicht vollständig zur Verfügung

Die Weigerung eine zumutbare und angemessen entlohnte Arbeit zu übernehmen ist eher die Ausnahme. So trifft denn Arbeitslosigkeit und Einkommensmangel überproportional Menschen mit fehlender oder geringer Berufsqualifikation, Behinderte und Alleinerziehende. Der scheinbare Königsweg einer erweiterten Bildungs- und Ausbildungspolitik kann das Dilemma wegen gegenläufiger Einflüsse von Begabung, Lebensmilieu und Alter nur in Maßen und auch nur sehr langfristig beheben. Was wir aber brauchen, ist eine kurzfristig wirksame Lösung. Der Maßnahmenrahmen der zur Verantwortung herangezogenen nationalen Politik, steckt in der Globalisierung mit offen konkurrierenden Weltmärkten für Produktionsgüter, Finanztitel und auch Arbeit. Die heile Welt der Einheit von Ortszeit und Handlung wie im klassischen Drama oder wie in den gemeinnutzenstiftenden Handlungsempfehlung der tradierten Wirtschaftsdoktrin ist längst vorüber. Der aus dieser Situation folgende erhöhte Bedarf einer sozialstaatswürdigen, steuerfinanzierten, arbeitsmarktförderlichen Grundsicherung muss bei der Gestaltung der notwendigen lohnersatzenden oder lohnergänzenden staatlichen Transferleistungen eine Reihe von Anforderungen berücksichtigen, die bei den geltenden gesetzlichen Transferregelungen zum Teil recht massiv verletzt werden. Die Gründe dieser Verletzung sind vorwiegend in kurzsichtiger Budget- und Fiskalpolitik, kontraproduktiven Anrechnungsvorschriften und fehlendem Gesamtkonzept zu suchen.

Diese Gebote, insbesondere einer arbeitsmarktförderlichen Sozialpolitik, sind:

1. Zuverlässigkeit, Kalkulierbarkeit und Transparenz der Transferleistungen,
2. Ermessensfreiheit und Bürokratiearmut,
3. Bedarfsorientierung,
4. ausreichend finanzieller Anreiz zur Erwerbsarbeit und Vermögensbildung,
5. Verhinderung von Mitnahmeeffekten und
6. der Nachrang gegenüber eigenem Erwerbs- und Vermögenseinkommen.

Die Verwaltungszuständigkeit sollte überschaubar bleiben sein.

Beschäftigungspolitik ist natürlich mehr als Transferpolitik. Indes werden die Ziele der Beschäftigungspolitik verfehlt oder nur unbefriedigend erreicht, wenn die Transfergestaltung das notwendige arbeitsmarktförderliche Anforderungsprofil verletzt. Insbesondere verstößt das mangelhaft abgestimmte Konglomerat heutiger Transferregelungen gegen die Gebote der Leistungstransparenz und Kalkulierbarkeit, der Bürokratiearmut, der Bedarfsorientierung, wie gerade das Verfassungsgericht festgestellt hat, sowie gegen das Gebot eines entscheidenden finanziellen Anreizes zur Arbeitsplatzsuche und Annahme von Erwerbsarbeit. Die Anrechnungsvorschriften wirken so, dass nur ein marginaler Betrag, demjenigen der Arbeit sucht und findet, übrig bleibt.

An die Stelle einer kasuistischen, meistens ergebnislosen Verschuldensprüfung hat eine finale Systemabschätzung des Beschäftigungserfolges zu treten. Und die wirkungsarme Behördenkontrolle, eines mitunter schwachen Arbeitswillens ist, und das ist marktwirtschaftlich gedacht, durch einen kräftigen finanziellen Anreiz zu ersetzen. Diese bürokratischen Kontrollen bewirken gar nichts. Jeder Unternehmer kann Ihnen erzählen, wie er unterschreibt, dass sich jemand vorgestellt hat und willig war.

Transparenz und Bürokratiearmut sind als Gestaltungselemente nur zu erreichen, wenn das geltende Konglomerat von Transfers zu einer einzigen Behörde zu verwaltenden bedarfsdifferenzierten Universaltransfer zusammen gefasst wird. Eine dahingehende Prüfung sieht der Koalitionsvertrag in Kapitel VII/2 „Grundsicherung“, Abschnitt „Bürgergeld“ vor. Ähnlich auch das sozialpolitische FDP-Thesenpapier unter Nr. 4. Wer keine Arbeit findet oder sich Notgedrungen auf eine Lohnkürzung zum Erhalt des Arbeitsplatzes einlässt, muss einfach errechnen können, worauf er Anspruch hat und wie viel der Lohnkürzung ihm der Staat über eine Transferleistung kompensiert.

Dass ich, als über den Universaltransfer zuständige Behörde, in meinem bis zum Gesetzestext gereiften Bürgergeldkonzept das Finanzamt ins Auge fasse, also einem Negativsteueransatz folge, beruht auf einer einfachen Einsicht: sozialrechtliche Bedürftigkeit ist, mit nur wenigen Abstrichen, die Kehrseite von steuerlicher Leistungsfähigkeit. So finden sich sodann fast alle Sozialen- und Wirtschaftsmerkmale, die bevorzugte Gegenstände staatlicher steuerfinanzierter Sozialleistungen sind, in der Einkommens- und Lohnbesteuerung als Gegenstände von Steuerermäßigungen wieder. Es wäre prinzipiell nichts Neues, was Steuerbeamte da zu ermitteln hätten. Außerdem ist das Finanzamt die, über die Einkommens- und Vermögensverhältnisse eines Bürgers, am besten unterrichtete Behörde.

Das Bürgergeld ist, anders als das Arbeitslosengeld II und Sozialhilfe, präventiv ausgelegt. Es will also der Entstehung von Arbeitslosigkeit vorbeugen. Ich will verhindern, dass in den Arbeitsmarkt neue Arbeitslose drängen, sondern dass sie sich im Vorfeld von Verhandlungen mit dem Arbeitgeber auf Lohnreduzierung einlassen können, weil ihnen eine transparente und zuverlässige staatliche Transferleistung die neue Situation erleichtert. Dazu schaffe ich Bedingungen, bei denen sich ungelernte und berufliche geringqualifizierte Arbeitnehmer, ohne Existenzgefährdung, auf niedrige Löhne einlassen können.

Das Bürgergeld wird gesetzlich und administrativ als eine Steuergutschrift umgesetzt, bei Arbeitnehmern wird Bürgergeldanspruch vom Finanzamt auf der Lohnsteuerkarte eingetragen und vom Arbeitgeber zusammen mit dem Nettolohn ausgezahlt. Das beitragsfinanzierte Sozialversicherungssystem bleibt in seinen Grundzügen erhalten.

Beschäftigungspolitik wird oft in Verbindung mit einer erweiterten Bildungspolitik gesehen, aber da sind die Erfolge in Maßen vorauszusehen und vor allem werden sie nur sehr langfristig

eintreten. Integrationsfähig sind Kindergeld, Erziehungsgeld, Wohngeld und Ausbildungsforde-  
rungsleistungen, das Arbeitslosengeld II und das Sozialgeld, die Sozialhilfe, Bedürftigkeits-  
und personenbezogene Objektsubventionen im Wohnungsbau, in der Landwirtschaft, im öf-  
fentlichen Nahverkehr und im Kommunalbereich und schließlich die Umverteilungs- und Min-  
dersicherungselemente der bestehenbleibenden Sozialversicherung. Das Konzept sieht vor,  
dass Erwerbs- und Vermögenseinkünfte die gestaffelten Bürgergeldbeträge nur zu 50 Prozent  
kürzen. Die zusätzliche Vermögensanrechnung entfällt in meinen Vorschlägen vollkommen.

Ein kräftiger Lohnabstand ist durch die Arithmetik des Systems immer gewährleistet und der  
Übergang zu besser bezahlter Arbeit ist gleitend und lohnend. Das Bürgergeldkonzept be-  
schreibt ein für Arbeitnehmer und Gewerkschaften annehmbaren Weg nicht existenzsichern-  
de Löhne bedarfsgerecht aufzufüllen. Es befreit Niedriglohneempfänger aus dem Dilemma sich  
zwischen arbeitsplatzgefährdenden und existenzgefährdenden Löhnen entscheiden zu müs-  
sen und es erleichtert die Einrichtung von Teilzeitarbeitsplätzen, die sich viele Arbeitgeber  
wünschen oder wie sie etwa Alleinerziehende auch nur ausfüllen können.

Das finanzwissenschaftliche Forschungsinstitut der Universität Köln, da ist der Kollege Prof.  
Fußt, hat die Finanzierung und Beschäftigungswirkung in meiner letzten Einkommens- und  
Steuergeldversion nochmals über eine statistisch fundierte Mikrosimulation, anhand von drei  
Millionen Steuer- und Haushaltsdaten des Finanzministeriums und des Sozioökonomischen  
Pannels, überprüft. Die Untersuchung liefert als belastbares Ergebnis des Gesamtsystems  
einen Beschäftigungszuwachs von jährlich 415 000 Vollarbeitsplätzen, eine Steigerung des  
BIP von 1,2 Prozent und einen anfänglichen Finanzbedarf des Bürgergelds von 5,61 Milliarden  
Euro. Der Finanzbedarf ist nach statischem Status-Quo-Kalkül errechnet, berücksichtigt aus  
Mangel an zuverlässigen Daten nicht jene Haushaltsentlastungen, die den Beschäftigungszu-  
wachs nach sich ziehen. Um die Politik nicht mit einer umfassenden Radikalumstellung des  
steuerfinanzierten Sozialleistungssystems zu überfordern haben schließlich Herr Kollege Fußt  
und ich auf der Basis des Bürgergeldkonzepts ein Kombilohnmodell für den Niedriglohnsektor  
entwickelt und seinen sehr moderaten Finanzbedarf errechnet. Dieses Verfahren wollte der  
damalige Wirtschafts- und Arbeitsminister des Saarlandes, Dr. Georgi im regionalen Feldver-  
such erproben. Er ist dann in der Umbildung des Kabinetts ausgeschieden – zu unserem Be-  
dauern.

Ich danke Ihnen.

**Dr. Karen Horn**

Vielen herzlichen Dank.

Jetzt gebe ich weiter an Herrn Averhage. Herr Averhage kommt aus Osnabrück und Osnab-  
rück ist ein Landkreis, der sich um seine Arbeitssuchenden, seine erwerbsfähigen und hilfs-  
bedürftigen Arbeitssuchenden selber kümmert ohne Mitwirkung der Agentur für Arbeit und  
das macht die MaßArbeit kAÖR, Kommunale Anstalt Öffentlichen Rechts und sie sind da der  
Vorstand. Sie sind, nur noch mal zum Hintergrund, katholischer Theologe und Geograph und  
kümmern sich jetzt in ihrer Geographie um das Gute. Ich darf Sie bitten.

**Siegfried Averhage**

Vielen Dank.

Ja meine Damen und Herren, ich will nicht über die großen Stellschrauben reden, die bereits angesprochen worden sind. Ich würde gern lange, aber das will ich mir dann auch verkneifen, über die Verpflichtung in Richtung Kommunen reden. All die Personen zu beschäftigen, die vermeintlich nicht integrierbar sind, zumindest nicht auf dem ersten Arbeitsmarkt, das tun wir seit 20 Jahren. Wir streiten seit 20 Jahren mit Handwerk mit Innung, mit Kammern darüber was geht und was erlaubt ist und in Verwaltungsausschüssen bei den Arbeitsämtern wird über ABM gestritten oder wurde heute nicht mehr.

All das lass ich außen vor, ich möchte eigentlich ganz kurz über das sprechen, was wir ganz praktisch tun. Sicherlich in einer ganz anderen Situation als in Neukölln, was nichts daran ändert. In Richtung Neuorganisation und Entschlackung der Bürokratie sind wir einer Meinung. Ich möchte über das sprechen, was wir vor Ort machen, ausgehend von der Grundüberzeugung, dass wir ein Stück weit die Probleme vor Ort lösen müssen und dass Integration, Bildung und Prävention kommunale Kernkompetenzen sind. Wir warten dann mitunter auf passende Gesetzgebung, die uns den Rahmen geben, aber die Probleme haben wir vor der Tür stehen. Die Folgekosten tragen wir auch und deswegen sind wir seit Anfang der 90er Jahre angetreten für soziale berechnete Arbeitslose, für Jugendliche, später für Hartz IV Empfänger, möglichst viel zu erreichen und ich sag eins ausdrücklich: Ich rede vom ersten Arbeitsmarkt.

Ich rede vom ersten Arbeitsmarkt, ich kenn den zweiten Arbeitsmarkt. Es gibt eine Gruppe, eine kleine Gruppe, wie groß die dann ist, das kann eigentlich niemand bestimmen. Ich wundere mich über die Zahlen, die immer durch die Medien gehen, eine kleine Gruppe wo wir den sozial orientierten Arbeitsmarkt vielleicht brauchen, aber ich behaupte und glaube und bin fest davon überzeugt, es geht viel mehr auf dem ersten Arbeitsmarkt, wenn der Rahmen es hergibt. Neukölln und der Landkreis Osnabrück sind unterschiedliche Welten. Ich bin zuständig für die Umsetzung des SGB II bei der Optionskommune, ich bin zuständig für die Bildungskoordination und das Bundesprogramm „Lernen vor Ort“ und ich bin zuständig für die Jugendberufshilfe nach dem SGB VIII. Also alles was mit Schulverweigerung, benachteiligte Jugendliche zu tun hat, jenseits der Frage ist das ein SGB III Fall, SGB II, keine Leistung. Wer im Landkreis Osnabrück wohnt ist in unserer Zuständigkeit. Nicht durch irgendwelche Kontrakte mit anderen Fachdiensten oder sonstigen Organisationseinheiten. Nein, Leistung aus einer Hand. Ich bin zuständig und ich entscheide. Nicht ich, aber die Kolleginnen und Kollegen. Was machen wir da eigentlich, neben dem SGB II? Wenn wir über „Lernen vor Ort“ reden, reden wir über Arbeitsmarktmonitoring, über Bildungsmonitoring, über Bildungsübergänge, Lebenslanges Lernen. Wir reden darüber, dass wir Elternbildung betreiben müssen und bildungsferne Gruppen erreichen müssen und da sind wir natürlich ein Stück weit bei Hartz IV Empfängern. Nicht alle bildungsfern, aber ein Teil dieser Gruppe der bildungsfernen Menschen ist in unserer Zuständigkeit. Wir kennen sie und wir können Angebote machen und Verknüpfungen herstellen. Denn das eigentliche Problem ist, es gibt viele gute Ansätze, es gibt so viele gute Akteure, so viel gute Arbeit, das Entscheidende ist letztlich das Zusammenspiel dessen, was da geschieht und da muss man Verantwortung übernehmen. Da muss man auch einfordern, dass man diese Verantwortung übernehmen will und dann gemeinsam mit allen Akteuren auf dieser zentralen örtlichen Plattform für die soziale und berufliche Integration Transparenz herstellen, die Aktivitäten bündeln, Qualität entwickeln und das letztlich im Interesse aller Beteiligten. Wenn ich die Jugendberufshilfe nehme, dann will ich da ganz praktisch werden, um zu zeigen was geht, jetzt schon geht, ohne gesetzliche Änderung, man muss es halt nur tun. Es ist möglich, dafür Sorge zu tragen, durch eine geschickte Struktur, dass der Jugendliche und junge Erwachsene aus dem Bereich des SGB II, der natürlich herausfällt wenn die Eltern vermittelt werden und einen adäquaten Lohn erhalten, dass der dann nicht mehr in der Zuständigkeit ist. Aber er hat auch seine Probleme und wenn wir die Jugendbe-

rufshilfe haben, dann können wir durch geschickte Strukturen dafür Sorge tragen, dass er in unserer Zuständigkeit bleibt, dass er nicht einmal einen neuen Berater bekommt, dass die ganze Historie bekannt ist und er im Grunde unbemerkt auf eine zweite Schiene gerät. Das hat was mit Stellenanteilen zu tun, mit Finanzströmen und ich will ausdrücklich betonen, es sind Bundestagsabgeordnete hier und der Haushaltsausschuss diskutiert immer die Fragen: Was wird vor Ort mit dem Geld gemacht? Das ist ein System, das ist geprüft, auch durchs BMAS, was Finanzströme angeht, es ist sauber, es ist transparent korrekt, man muss es halt einfach nur tun.

Und wenn wir im Landkreis Osnabrück sind: Wir haben eine Arbeitslosenquote im SGB II Bereich bei den unter 25 jährigen von 0,3 Prozent. Wir erfahren kaum Arbeitsgelegenheiten, wir haben insgesamt eine SGBII-Anteilsquote bei den Arbeitslosen von 45 Prozent. Bundesweit liegt das bei 60% vor dem Hintergrund einer anderen Arbeitsmarktsituation. Aber was ich sagen will, gerade auch die benachteiligten Jugendlichen und das sind keine Olympioniken, auch nicht im ländlichen Raum, auch nicht in einem Landkreis, der wirklich in weiten Teilen gut strukturiert ist, da hat mitunter, wie manche mal gesagt haben: Das Elend auch das platte Land erreicht. Facetten, Drogen, alles da, was sicherlich an anderer Stelle dichter gestreut ist. Nur diese Jugendlichen haben in Zeiten des Aufschwungs 2007, wir kannten sie teilweise zwei, drei Jahre auch über die Jugendberufshilfe, betriebliche Ausbildung aufnehmen können und das eigentlich Entscheidende ist: sie sind auch jetzt in Zeiten der Krise bislang, Gott sei Dank, nicht wieder bei uns gewesen, werden demnächst jene, die 2006 in betriebliche Ausbildung gegangen sind, hinterfragen und schauen, was aus ihnen geworden ist. Was ich damit sagen will, diese demographische Entwicklung, die Frage des Arbeitsmarktes, dass gesagt wird: Na ja, 2015 fehlen uns drei Millionen Kräfte. Sicherlich nicht alle diejenigen mit geringer Bildung und mit schlechter Ausbildung, aber alle mit Korrekturen, jetzt auch nach der Krise. Gehen wir davon aus, da sind immer noch 500.000 Qualifizierte dabei. Da ist also eine Möglichkeit, auch für Schwächere, etwas zu erreichen. Ich halte es einfach für wichtig, den Menschen diesen Blick offen zu halten, ein sozial orientierter zweiter Arbeitsmarkt kann Hilfestellung geben, wenn aber auch ganz klar ist, dass es keinesfalls der Weg für die Zukunft ist, sondern dass der Weg in immer Richtung ersten Arbeitsmarkt geht. Und von daher sage ich ganz deutlich: Ausgehend von der Erfahrung, sicherlich unter guten Rahmenbedingungen, es geht eine Menge mehr, auch jetzt schon. Zumindest in vielen Regionen nicht unbedingt dort, wo die Problematik wirklich am allerhöchsten ist, aber in vielen Regionen. Man muss es nur tun, das würde zumindest ein kleinwenig dazu beitragen, dass die Effizienz etwas steigt und für den ein oder anderen Einzelfall summieren. Es würde dann schon einen Schritt nach vorne bedeuten, sicherlich und hoffentlich gestützt, durch weitere Stellschrauben an unterschiedlichen Punkten, die angesprochen worden sind. Gerade der Aspekt Bildung für Kinder, nicht nur einfach Geld, eine wohlüberlegte Sachleistung. Eine Kombination, vielleicht auch so wie es in dem mehrmals angesprochenen Papier steht, das bringt uns schon ein Stück nach vorne. Von daher, tun was jetzt geht, perspektivisch arbeiten auch im Bereich Bildung, das kann man auch auf der örtlichen Ebene. Und Verknüpfungen schaffen wo viele sich sperren, aus welchen Gründen auch immer. Eitelkeiten, das ist meine, das ist unsere Erfahrung, sind überwindbar, wir müssen es halt nur einfach machen.

Vielen Dank.

**Dr. Karen Horn**

Vielen Dank Herr Averhage!

Last but absolutely not least darf ich jetzt Herrn Mario Junglas bitten, vom Caritasverband. Sie sind hier der Leiter der Berliner Dependence, Rechtswissenschaftler und katholischer Theologe. Das sage ich immer gerne dazu. Bitte schön.

## **Mario Junglas**

Ja, vielen herzlichen Dank. Vieles ist gesagt worden, was ich nicht wiederholen muss. Als letzter Redner beziehe ich mich auf den ersten. Ich begrüße ausdrücklich das, Bundesverfassungsgerichtsurteil, gerade auch, was zur Teilhabegerechtigkeit gesagt wurde. Ich kann auch nicht erkennen, dass ein neues Grundrecht erfunden wurde. Wir haben schon vor Jahrzehnten Rechtssprechungen gehabt, die soziale Leistungsansprüche unmittelbar aus Artikel 1 abgeleitet haben. Das ist besonders, aber nicht neu. Ich würde aber gerne einige Begriffe aufgreifen, die Sie, Frau Niejahr, genannt haben. Nämlich Freiheit und Subsidiarität. Ich glaube, dass wir damit noch einmal einen Rahmen finden können, der die Einzelpunkte die hier angesprochen wurden, zusammenfasst. Unser zentrales sozialpolitisches Problem ist im Moment ja nicht, dass wir nicht in der Lage wären, Bedürftige in irgendeiner Weise „durchzufüttern“. Satt, sauber, trocken, warm zu gewährleisten. Das kriegen wir hin und das müssen wir auch hinbekommen.

Das wirkliche sozialpolitische Problem ist, dass wir es nicht schaffen, bei Menschen in prekären Lebenslagen, sie als freie Bürger in einem freien Staat, in einem freien Gemeinwesen mit hinreichenden Zugängen zu versehen. Zu Bildung, zu sozialen Prozessen, zu politischen Prozessen. Sie haben im Grunde einen Mangel an Freiheit, so dass das Gegensatzpaar eigentlich nicht ist: Armut und auf der anderen Seite Versorgung. Sondern das Gegensatzpaar ist: Armut und Freiheit. Armut ist in erster Linie Unfreiheit. Und es geht darum, auch mit den Mitteln des Sozialstaates, Freiheit zu schaffen. Freiheit von existenziell bedrückenden Notlagen. Freiheit durchaus auch von als diskriminierend empfundenen Sozialleistungen. Freiheit im positiven Sinn, als Zugang zu entsprechenden bildungsfördernden Unterstützungsstrukturen. Und Freiheit, vor allen Dingen, auch als eine selbsterworbene, als eine selbstgesicherte Freiheit durch eigenes Einkommen. Und das kann bei den Menschen, für die wir in der Caritas stehen, in der Regel nur Erwerbseinkommen sein. In der Regel sogar Erwerbseinkommen in irgendeiner Weise kombiniert mit Transfers.

Man kann meines Erachtens zugespitzt sagen, für eine Neuausrichtung der Sozialpolitik: Sozial ist, was Freiheit schafft. Gerade auch für Menschen in prekärer Lebenssituation. Natürlich steht diese Freiheit im Verhältnis zur Gerechtigkeit. Und Herr Lindner, Sie haben es gesagt, selbstverständlich müssen wir bei einer Neuausrichtung der Sozialpolitik auf Leistungsgerechtigkeit achten. Schon deshalb, weil Sie einen Sozialstaat nur machen können, wenn es Ihnen gelingt, die Mitte der Gesellschaft mitzunehmen. Wenn es Ihnen gelingt, auch den Netozählern erlebbar zu machen, was es für sie an Vorteile mit sich bringt, in einem Sozialstaat, in einer sozial gerechten Gesellschaft zu leben.

Wir brauchen aber auch solche Begriffe wie Verteilungsgerechtigkeit, weil wir nicht in einem Gemeinwesen arbeiten können, in dem sich die Einkommen, die Vermögen, die Chancen derart spreizen, dass wir es als ungerecht empfinden oder dass wir damit rechnen müssen, dass es sich in irgendeiner Weise in Unruhen ausdrückt. Was wir aber neben diesen klassischen Begriffen dringend für eine Neuausrichtung brauchen ist so etwas wie Befähigungsgerechtigkeit. Das heißt eine ganz intensive Konzentration darauf, Potenziale bei den betreffenden Menschen zu entwickeln. Es genügt nicht, dass alle Menschen irgendwie formell die gleichen Chancen haben. Viele Menschen aber faktisch von entsprechenden Zugängen, etwa zu Bil-

derung oder zu Ausbildung, ausgeschlossen sind. Wir brauchen, z.B. gerade wenn es um Kinder geht, eben nicht nur Transfers. Wir können solche Zugänge nicht eröffnen alleine durch Transfers, sondern wir brauchen sogenannte befähigende Sachleistungen, d.h. Zugänge zu Bildung und Ausbildung natürlich, aber auch Angebote, die die sportlichen, die musischen und die sonstige Entwicklung von Kindern in einer Weise fördern, wie es vielleicht unter den Bedingungen in der einen oder anderen Familie nicht möglich ist. Und wenn denn Nachhilfe zum Beispiel tatsächlich ein probates Mittel ist, in einer schwierigen schulischen Phase den Schulerfolg nachhaltig zu sichern, dann kann ein solches Angebot und der Zugang zu diesem Angebot nicht davon abhängig sein, ob die Eltern entsprechend findig sind und über entsprechende Einkommen verfügen.

Befähigungsgerechtigkeit, das fordert z.B. gerade auch bei der Hilfe für arbeitsuchende junge Menschen, einen ganz eindeutigen Vorrang von Bildung und Ausbildung vor der Beschäftigung. Wir können nicht damit leben, dass wir uns damit zufrieden geben, junge Menschen die keinen Schulabschluss, keinen Bildungsabschluss erworben haben, dadurch sozial ruhig zu stellen, indem wir sie in Ein-Euro-Jobs parken. Es geht auch darum sehr geringe Potenziale zu erschließen. Das ist mehrfach gesagt worden. Es wird uns nicht gelingen, alle Menschen in den ersten Arbeitsmarkt zu bringen. Dazu muss man Zweierlei sagen. Zum einen haben wir natürlich auch andere Beschäftigungsformen: Den zweiten Arbeitsmarkt. Wir haben begleitende Beschäftigungsformen, in denen, wie gesagt, auch geringe Potenziale entwickelt werden können. Was aber auf jeden Fall dazu kommen sollte, ist der Blick über die Arbeitswelt hinaus in die Alltagssouveränität der betroffenen Menschen. Ich will Ihnen dazu ein Beispiel sagen. Wenn Sie eine Familie in einem Brennpunkt haben, die nie gelernt hat wirklich vernünftig mit Geld zu wirtschaften, dann bringt Ihnen weder ein Angebot der Volkshochschule etwas, noch eine Broschüre, noch ein höherer Transfer. Sondern dann brauchen sie angepasste Hilfen, die wirklich genau passen, zu den Potenzialen, die in dieser Familie noch zu Hause sind. Das schaffen wir.

Wir schaffen das mit sogenanntem Haushaltsorganisationstraining, wo die Familienpflegerin in die Familie hineingeht, mit der Familie lebt, mit der Familie arbeitet. In Intervallen sich zurückzieht, wiederkehrt und so Stück für Stück die Familie aufbaut in die eigene Verantwortung, bis sie selbst in der Lage ist, ihren Haushalt selbst zu führen. Ich würde wetten, dass ein solcher Bildungsansatz auch ökonomisch im Einzelfall erfolgreicher ist, als der Versuch durch eine dritte oder vierte Maßnahme jemanden auf einen Arbeitsplatz zu qualifizieren, den er entweder nicht ausfüllen kann oder den es nicht mehr gibt. Ich springe einfach ein wenig, weil ich vieles auslassen möchte, was schon gesagt wurde. Wir werden sicher daran festhalten müssen, dass wir solche Elemente, wie Solidarität und Subsidiarität wieder zum Leben bringen. Ich werbe sehr dafür, dass wir Solidarität nicht verkürzen auf die Idee des Risikoausgleichs oder der Risikoabwehr. Ich habe den Eindruck, dass wir in der sozialrechtlichen, in der sozialversicherungsrechtlichen Debatte sehr an diesem Punkt angekommen sind.

Lassen Sie sich aus der Caritas Erfahrung sagen, selbst wenn wir alles Geld der Welt hätten und könnten ideale Heime bauen, es würde uns nie gelingen, es hinzubekommen Leute anzustellen, die stundenlang an jedem Pflegebett sitzen, die Hand halten, für Anspruch und Zuspruch offen sind und Zuwendung rüberbringen. Auch in einem idealen Heim wird das nicht gelingen. Auch in guten Heimen wird man darauf angewiesen sein, dass Familien, dass Nachbarn, dass Freunde, dass zivile Organisationen sich solidarisch sehen mit den Menschen im Heim. Und genau diese Lücken schließen, die professionelle Pflege lassen muss. Sie lässt sich anders nicht organisieren. Die aber für die Ergebnisqualität der Pflege unbeschreiblich wichtig sind. Ghandi hat das einmal gesagt: Ihr glaubt an Strukturen, die es überflüssig machen gut zu sein. Es wird euch nicht gelingen, diese Strukturen zu schaffen.

Auch die erfolgreichste Sozialpolitik wird es nicht schaffen, darauf verzichten zu können, dass Menschen sich solidarisch engagieren, aus der Idee eines soziales Zusammenhaltes heraus, nicht nur aus der Idee eines Risikoausgleichs heraus. Das Wort Subsidiarität ist über die Jahre alt geworden und klingt nach katholischer Soziallehrer, aber lassen Sie es mich trotzdem ansprechen. Subsidiarität meint nicht, Sie haben es angesprochen Frau Niejahr, dass die kleinen Systeme entmachtet werden durch einen überall zuständigen Versorgungsstaat. Sondern es geht gerade darum, die Menschen, die Familien, die kleinen Einheiten in ihrer Aufgabenwahrnehmung zu unterstützen und sie eben nicht scheinbar durch Aufgabenentzug zu entlasten. Es ist völlig egal ob es eine Familie ist oder eine Kommune. Wenn sie einer solchen Einheit ihre genuinen Aufgaben nehmen, weil sie glauben, sie sei überlastet, dann machen sie diese Einheiten schwach. Subsidiarität kann nur heißen, solche Einheiten zu unterstützen, damit sie zu ihrer Aufgabenerfüllung in der Lage sind. Und dazu gehört im individuellen Bereich eine ganz konsequente Förderung der Selbsthilfe. Menschen wollen definitiv nicht abhängig sein. Sie wollen sich selbst helfen wollen. Die soziale Hängematte ist nie so bequem wie das selbst gemachte Bett. Das ist unsere durchgängige Erfahrung mit der Arbeit mit Menschen in prekären Lebenssituationen. Und da muss man politisch glaube ich auch unter dem Gesichtspunkt der Subsidiarität den Blick etwas weiten. Man muss auch gucken in Perspektiven etwa der Selbstversorgerwirtschaft, der Subsistenzwirtschaft.

Man muss auch schauen, was durch angemessene rechtliche Strukturen möglich ist. Also Italien ist sicher kein Paradebeispiel eines funktionierenden Sozialstaats. Aber wir haben in Italien ein Genossenschaftsrecht, das so einfach ist, das so schlicht ist, dass es die Rechtsform hergeben kann sowohl für eine Behinderteninitiative als auch für eine Rechtsanwaltskanzlei. Das heißt eine Rechtsform, die überhaupt keine diskriminierende Wirkung hat, derer sich jeder bedienen kann, wenn er mit anderen zusammen sich helfen will. Wenn sie aber hier in Deutschland eine Genossenschaft gründen wollen, dann wünsche ich Ihnen viel Glück, einen langen Atem und ausreichend rechtliche Beratung. Einen letzten Akzent noch. Wir treten sehr stark ein für Eigenverantwortung. Aber diese Eigenverantwortung muss ermöglicht werden. Diese Eigenverantwortung hat Voraussetzungen, sie fällt nicht vom Himmel. Ich habe Ihnen ein Beispiel genannt mit dem Haushaltsorganisationstraining, wie solche Eigenverantwortung ermöglicht werden kann durch geeignete Maßnahmen. Und das zahlt sich aus. Diese Art von ermöglichter Eigenverantwortung ist auch ökonomisch sinnvoll. Was wir allerdings ablehnen würden wäre eine Idee von Eigenverantwortung, die zur Individualisierung von Notlagen führt. Also die gewissermaßen ausgespielt wird gegen eine vernünftige Idee von Solidarität. Und ein Letztes: Eigenverantwortung sollte man auch nicht missverstehen als die epistische Überlebensstrategie Einzelner. Sondern Eigenverantwortung ist die Fähigkeit Verantwortung für sich selbst, gewiss, aber auch für einen anvertrauten Menschen zu übernehmen, zum Beispiel für minderjährige Kinder.

Vielen Dank.

**Dr. Karen Horn**

Vielen Herzlichen Dank Herr Junglas!

Wir kommen damit zum Ende dieses Reigens an Kurzstatements, der insgesamt natürlich etwas lange geworden ist. Zusammenfassen möchte ich das auch nicht, vielleicht nur dahingehend, dass wir uns glaube ich alle einig waren, darin, dass es vor allem darum gehen muss zu aktivieren. Jemand hat gesagt, es kann nicht um alimentieren gehen, sondern immer nur

um aktivieren. Die Frage ist natürlich, wie macht man das dann im Detail. Mit dem großen Entwurf, in dem man umschwenkt auf Bürgergeld oder auf workfare oder mit kleinen Korrekturen, wo man vielleicht eben an den Zuverdienstmöglichkeiten ansetzt. Und macht man es eher so, wie Sie das vorgeschlagen haben oder macht man es so, wie es in Ihrem Papier steht, das sich an unserem Haus auch orientiert, was mich sehr freut. Das sind Detailfragen, die wir jetzt, glaube ich, in dieser Präzision kaum werden diskutieren können. Ob wir noch überhaupt diskutieren können, muss ich jetzt doch mal den Gastgeber fragen, denn Sie müssen dann übernehmen.

## **Diskussion zum Symposium: „Aufstiegschancen schaffen - auf dem Weg zum fairen Sozialstaat“**

### **Christian Lindner**

Vielleicht meldet sich mal der Kreis der jetzt diskutieren will und Fragen stellen will. Zwei Meldungen - nehmen wir doch die beiden auf und dann beenden wir die Veranstaltung.

### **Dr. Karen Horn**

Wir werden das mit den schriftlich eingegangenen Fragen so machen, dass die in der Tat auch schriftlich beantwortet werden. Im Internet hat es über 2000 Zuschriften gegeben. Da kommen wir sowieso nicht mit durch und dann fangen wir doch mal an mit der Dame, bitte!

### **1. Monica Diewald**

Was mir ein bisschen gefehlt hat die Definition, was ist Würde, was könnte Würde sein und muss der Staat die Würde achten oder muss nicht viel mehr auch jeder einzelne auch seine Würde achten? Und was mir auch nicht so gefallen, hat war der Blickwinkel, warum ist Arbeitslosigkeit schlecht oder nicht wünschenswert. Mir hätte gefallen, dass nicht dieser Begriff, der hier anscheinend auf Konsens stützt, dass wir Gegenleistungen erbringen müssen. Ich bin absolut dagegen. Ich bin dafür, dass der Mensch für sich selber und der Staat den Menschen dazu befähigen muss, Arbeit zu haben, weil Arbeit zur Menschenwürde gehört. Dass man seine Familie selbst ernähren kann, dass man einen Sinn im Leben hat, dass man sich gebraucht fühlt, dass sind alles wichtige Dinge, die zur Würde gehören und der Mensch darf sich seiner eigenen Würde nicht berauben, deswegen ist Arbeitslosigkeit schlecht und nicht weil wir eine Gegenleistung an die Gesellschaft haben.

Das war der eine Punkt, zum zweiten Punkt möchte ich sagen, zum einen glaub ich nicht, dass Deutschland zu wenig in Bildung investiert, wenn man sich die Statistiken anschaut, dann ist der Vergleich mit anderen Ländern etwas schwierig, weil die Sachen, die da mit eingerechnet werden, die muss man auch ein bisschen differenzieren. Also Deutschland gibt nicht zu wenig aus für Bildung, es gibt es schlecht aus für Bildung und das gilt es zu korrigieren und das wollt ich nur mal sagen.

## **Dr. Karen Horn**

Vielen Dank, da dies keine Frage war, gebe ich gleich weiter an denjenigen, der vielleicht wirklich eine Frage hat. Das sollte keine Rüge sein, es ist nur keiner gerade direkt angesprochen.

## **Neidhard Neitzel**

Ich habe im Grunde genommen auch keine Frage. Ich habe zwei Forderungen an meine liberalen Freunde, die hier vorne sitzen und in der Bundesregierung.

Folgender Hintergrund: Ich war 1990 bis 1994 Staatssekretär im Sozialministerium in Schwerin, ich habe also Arbeitsmarktpolitik, Gesundheitspolitik und Sozialpolitik gemacht und ich bin Vater von zwei Töchtern, die mal in Hartz IV gefallen sind, weil kurzfristige Beschäftigung im Sozialbereich gang und gäbe sind, und ich habe zwei Forderungen.

Erstens, ausgehend von dem was Professor Mitschke sagte und was Christian Lindner und Heinrich Kolb zum Bürgergeld gesagt haben, wir sollten als Liberale ganz klar das Finanzamt als Transferbehörde propagieren und wir sollten Herrn Schäuble und die Länderfinanzminister mal auffordern auszurechnen, wie viel Stellen wir in den Job Centern und bei allen anderen Behörden bis in die Kommune bis zu Herrn Buschowskys Bezirksamt hinein sparen könnten, wenn es das Finanzamt als Transferbehörde gäbe. Ich sage dieses deshalb, weil Bürokratieabbau eine ganz wichtige Forderung ist und weil ich denke, dass die Art und Weise, wie der Sozialstaat mit seinen Bürgern umgeht auch etwas mit Menschenwürde zutun hat. Da greife ich das was Herr Schneider gesagt hat auf, oder auch den 38-seitigen Bescheid von Herrn Buschowsky. Ich kenne diese Dinge. Also ich finde offensiven Bürokratieabbau mit dem Ziel eben das Bürgergeld zu propagieren.

Die zweite Forderung ist, nicht der Grundgesetzänderung zuzustimmen, die diesen Wechselbalg Jobcenter jetzt mit verfassungsrechtlichen Weihen versehen soll. Wer selber mal in einem Jobcenter gewesen ist und damit zu tun hatte, weiß, dass das unheilbar ist. Die FDP, lieber Herr Lindner, ist immer gegen Mischverwaltung gewesen, grundsätzlich. Wir haben das immer abgelehnt und das jetzt zu legalisieren halte ich für eine ganz gefährliche Sache, wir sollten da, zumindest solange das noch geht, Widerstand leisten, weil wir mit diesen Jobcentern das hat ja der Beitrag aus der Optionskommune auch deutlich gemacht, etwas zumuten, was wir als Liberale den Bürgern in dieser Republik nicht zumuten sollten.

## **Dr. Karen Horn**

Vielen herzlichen Dank, wer fühlt sich unmittelbar angesprochen?  
Der Gastgeber würde ich sagen. Dann bitte ich darum.

## **Christian Lindner**

Ja Frau Horn, meine Damen und Herren. Wir haben heute unter anderem auch über das Leistungsprinzip gesprochen, dass sie alle Anhänger des Leistungsprinzips sind, kann man der Tatsache entnehmen, dass sie noch hier sind und eine so lange und intensive Debatte verfolgt haben. Es freut mich sehr, dass wir so viele unterschiedliche Anregungen haben aufnehmen können, so viele Perspektiven kennen gelernt haben. Es ist jetzt nicht möglich, dass alles auf einen Nenner zu bringen, ich will zum letzten Sprecher sagen, dass wir natürlich Politik als Kunst des möglichen betreiben und die Chance sehen, gerade bei der jetzt ermöglichten

Grundgesetzänderung sehr viel mehr Kommunen in die Lage zu versetzen zu optieren, weil wir hier tolle fachliche Praxis sehen. Sofern müssen sie auch so eine Gelegenheit als Chance, mit begreifen, zu öffnen und auch die kommunale Verantwortung zu stärken. Ich habe zwei, vor allen Dingen zwei Linien wahrgenommen, die wir in den weiteren internen Diskussionsprozess innerhalb der FDP und der Bundesregierung fortsetzen können.

Zum einen ist immer wieder darauf hingewiesen worden, in unterschiedlicher Nuancierung, dass wir den Grundsatz des Förderns und Forderns, dass wir ihm Geltung weiter verschaffen müssen und möglicherweise auch seine Reichweite ausdehnen müssen. Und zum anderen und da waren alle einer Meinung, dass wir einen Paradigmenwechsel erreichen müssen, eher weg von der sozialen Reparatur, und immer mehr hin zu sozialen Investitionen in Bildung, in die frühe Förderung von Kindern, in eine Familienpolitik, die Kindern auch eine Art zivilisatorische Mitgift in ihr weiteres Leben gibt.

Das werden Wir weiter vertiefen, auch mit ihrer Hilfe, und mit ihrer Begleitung. Haben sie recht herzlichen Dank für ihre Aufmerksamkeit und für ihr kommen und vor allen Dingen, Sie hier vorne, haben Sie recht herzlichen Dank dafür, dass sie uns ihre Expertise zur Verfügung gestellt haben.

Einen schönen Tag noch für Sie.